

STUDIE IM AUFTRAG DER FRAKTIONSvorsITZENDENKONFERENZ DER  
PARTEI *DIE LINKE*

**Jahresthesen 2012-Einstiegsfelder  
für DIE LINKE in den sozial-  
ökologischen Umbau**

2012

MICHAEL THOMAS, FRANK THOMAS KOCH, MITARBEIT ROLF REIBIG

## Inhalt

Inhalt.....	2
I. Konzeptionelle Einbettung.....	4
Relevante Fragen für DIE LINKE.....	4
Umbruch: Diskurse und Konzepte .....	5
Drei Länder im Fokus.....	7
Zur Auswahl und Relevanz der Fälle .....	8
II. Spielräume und Spieler: Drei Länder und Einstiegsfelder für den sozial-ökologischen Wandel.....	9
II.1. Rahmenbedingungen und Status quo.....	9
II.2. Brandenburg – Spagat zwischen Kohle und Kommune .....	13
Zu einigen basalen Konstellationen politischen Handelns in Brandenburg nach der jüngsten Landtagswahl 2009.....	14
Die LINKE in Regierungsverantwortung.....	15
Die LINKE in Brandenburg und die Braunkohle.....	16
Die Entscheidungen des Landesparteitages 2012 in Blossin.....	17
Politische Rahmensetzungen einer dezentralen Energiewende.....	19
Wichtige Punkte einer Politik der Ermöglichung und ihre Grenzen .....	21
Feldheim – ein Pionier mit Ausstrahlung.....	24
Uebigau-Wahrenbrück – erneuerbar in der Kohleregion .....	25
Barnim – regional und lokal .....	27
Fazit Brandenburg .....	29
II.3. Thüringen – Opposition setzt Akzente! .....	30
Leitende Perspektive .....	30
Ergebnisse der Parteien bei jüngster Landtagswahl und kommunale Verankerung der Parteien in Thüringen .....	30
Eine mögliche rot-rote Koalition wird 2009 von der SPD ausgeschlagen .....	31
Landrats-, OB- und Bürgermeisterwahlen 2012: rot-rot-grüne Absprachen; die Lektion von Erfurt .....	32
Die LINKE TH und die Energiewende .....	33
Energiekonzept der Koalition Thüringen 2020 .....	35
Praktische Einstiegsfelder in den sozialökologischen Umbau unter Beteiligung der LINKEN	35
Kommunale Orientierung und Rekommunalisierung der Energienetze.....	35
Kampffeld in Spe: Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen.....	36
380-kv-Trasse durch den Thüringer Wald und die Positionierung der Parteien .....	37

Beispielhafte kommunale Projekte: Energiegenossenschaft Viernau .....	38
Bezeichnung /Beschreibung des Einstiegsfeldes.....	38
Bezug des Projekts Energiegenossenschaft Viernau zur Partei <i>Die LINKE</i> .....	38
„Solarkommune Viernau“ .....	39
Die Energiegenossenschaft Viernau. Gründungshistorie .....	40
Fazit Thüringen .....	42
II.4. Bremen – das Ökologische ist sozial!.....	44
Leitende Problemstellung mit Blick auf die Hansestadt.....	44
Politische Konstellationen in Bremen .....	45
Linke Umbauprogrammatik .....	46
Bezug zum „Stadtumbau Ost“ .....	47
Pilotprojekt im „Stadtumbau West“: Osterholz-Tenever .....	49
Vor Ort – das Soziale ökologisch machen.....	49
Aktivitäten und Initiativen von unten lösten Pilotprojekt ab 2001 aus .....	50
Erfolgsgeheimnis: anhaltende Bürgerbeteiligung plus Bündelung von Projektmitteln und das Engagement der öffentlichen Wohnungsgesellschaft.....	50
Spürbare Grenzen und Begrenzungen .....	52
Die LINKE im Spagat .....	52
III. Sozial-ökologische Einstiegsfelder. Zusammenfassung, Schlussfolgerungen .....	54
Referenzen: .....	61

## **I. Konzeptionelle Einbettung**

Die vorliegende Studie „Jahresthesen 2012 – Einstiegsfelder für DIE LINKE in den sozial-ökologischen Umbau“ setzt die Ausarbeitungen von 2010 und 2011 zur Umsetzung und Konkretisierung des „Leitbildes Ostdeutschland 2020“ (2009) mit einer weiteren thematischen Akzentuierung fort.

2009 hatten wir für Ostdeutschland als eine neue, tragfähige Entwicklungsperspektive auf den sozial-ökologischen Umbau verwiesen. „Ostdeutschland – auf dem Weg einer selbsttragenden Entwicklung und zukunftsfähigen Region, gegründet auf den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Ostdeutschland – eine solidarische Gesellschaft, geprägt durch regionale, soziale, kulturelle Vielfalt.“ Mit diesem Leitbild wurde Ostdeutschland in eine übergreifende, globale Umbruchherausforderung gestellt.

Die Studie von 2010 hat diese Herausforderung mit der bisherigen Transformation und dem Vereinigungsprozess konfrontiert und so noch einmal dezidiert begründet, weshalb für Ostdeutschland eine andere Entwicklungsperspektive als die eines Nachbaus West erforderlich ist und worin eine solche bestehen kann – das Projekt des sozial-ökologischen und solidarischen Umbaus als ein Projekt, das unser Land insgesamt betrifft.

Nach diesen makrogesellschaftlichen Setzungen wurde in der Ausarbeitung 2011 das Projekt des sozialökologischen und solidarischen Umbaus weiter konkretisiert und wurden für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche Einstiegsprojekte in einen solchen Umbau aufgedeckt. Diese waren sehr breit gefasst, mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten ließen sich zugleich einige Forderungen an linke Politik bestimmen.

Die nunmehr vorliegende Studie schließt hier an und nimmt eine weitere Konkretion bzw. auch Eingrenzung vor: Nunmehr werden für ausgewählte Länderfälle und verbunden mit der Energiewende Einstiegsfelder in den sozial-ökologischen Umbau im Kontext einer Politik der LINKEN aufgezeigt.

### ***Relevante Fragen für DIE LINKE***

In den letzten Jahren haben sich Debatten um Gründe und Grundlagen von Energiewende, gesellschaftlicher Transformation enorm intensiviert. Auch innerhalb der LINKEN und ihr nahestehender Organisationen und Bewegungen ist die Auseinandersetzung um Energiewende und sozial-ökologische Transformation intensiver geworden und setzt selbstbewusster originäre Akzente: Ohne ein kräftiges Rot kein grüner Wandel (siehe Plan B). Zu verweisen ist auf programmatische Texte, Studien von Stiftungen, Institutionen und Fraktionen im Bund wie in den Ländern. Zu wichtigen Sachfragen liegen solide Expertisen vor, gibt es nachweislich Gestaltungskompetenz und praktikable Vorschläge; angeschoben sind anregende Debatten. Dennoch zeigen sich nicht nur in konkreter Politik Schwierigkeiten und Vorbehalte einer

systematischen Verknüpfung von sozialen und ökologischen Zielstellungen – der sozial-ökologische Umbau ist bisher noch nicht zu *dem* Zukunftsprojekt der LINKEN geworden. So wird er auch schwerlich 2013 ein zentraler Wahlbaustein sein.

Gerade für Ostdeutschland gibt es aber zunehmend stärkere Argumente: Die Bilanz von wirtschaftlicher und politischer Wiedervereinigung zeigt hier trotz nicht zu ignorierender positiver Entwicklungen, dass der Kurs eines Nachbaus des alten, reformbedürftigen westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells gescheitert ist. Mit diesem Kurs bleibt Ostdeutschland im Status einer abhängigen Großregion und müssen enger werdende finanzielle Möglichkeiten die Schwierigkeiten noch verstärken. Ostdeutschland braucht eine konsequentere Ausrichtung auf eigene zukunftsfähige Ressourcen und Potenziale. Dafür gibt es Voraussetzungen, dafür bieten gerade Energiewende und sozial-ökologischer Umbau gute Chancen. Bisher allerdings wurden solche Voraussetzungen kaum gesehen und Chancen vertan. Dennoch finden sich in diesen Bereichen ostdeutsche Erfolgsgeschichten und Erfahrungen. Die zentrale These unseres Leitbildes „Ostdeutschland 2020“ ist in der Praxis zu untersetzen – eigene Stärken für den Umbau sind aufzudecken.

Dabei geht es weder um einen spezifischen Sektor – Energiebereich oder ökologische Landwirtschaft – noch um Regionalspezifisches – Ostdeutschland als separates Gebiet. Das hatten wir in den vorangegangenen Thesen betont: Die heutigen tiefgreifenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Konflikte, Krisen und Brüche sowie längerfristigen Entwicklungstrends sind insgesamt Ausdruck einer neuen historischen Übergangs- und Umbruchsituation, sie betreffen die Gesellschaft insgesamt; und sie betreffen Ostdeutschland wie eben andere Räume oder Regionen.

### *Umbruch: Diskurse und Konzepte*

Der Kern dieser neuen Übergangs- und Umbruchsituation besteht darin, dass das über mehr als zwei Jahrhunderte hegemoniale Entwicklungs-, Wachstums- und Fortschrittsmodell an seine natürlichen und gesellschaftlichen Grenzen gestoßen ist. Dieser wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklungspfad ist nicht mehr beizubehalten oder gar international auszuweiten. Seine zerstörerischen Konsequenzen sind vielfach aufgezeigt. Auf die Agenda gerückt ist ein grundlegender Pfadwechsel, eine entschiedene sozialökologische und solidarische Transformation. Erstmals stehen wieder *Richtungsentscheidungen* auf der Tagungsordnung. Nimmt die LINKE daran teil? Wie positioniert sie sich?

Entsprechend verschiedener sozialer Lagen, Interessen und realer Machtoptionen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zeigen sich unterschiedliche strategische Konzepte und Projekte als Antworten auf die gegenwärtige Umbruchsituation, zur Bearbeitung der ökonomischen und ökologischen Krise sowie zur Gestaltung der künftigen Gesellschaft. Schwierigkei-

ten, offene Fragen und Konflikte nehmen zu. Zu unterscheiden sind drei konkurrierende Konzepte und Projekte:

*Erstens:* Wandel als *Kombination von Erhalt und Modifizierung des marktradikalen, finanzmarktgetriebenen Ordnungs-, Wachstums- und Entwicklungsmodells*. Die Mitte der 1970er Jahre einsetzende neoliberale, restaurative Transformation wird fortgeführt, partiell jedoch geöffnet für staatliche Interventionen und für neue, auch ökologische Erfordernisse. Diskurs und Konzept werden von maßgeblichen ökonomischen und politischen Machteliten getragen. Sie eint der Versuch, die ökonomischen und ökologischen Krisen und Instabilitäten innerhalb der gegebenen Strukturen abzubauen.

Die Problemlösungskapazität dieser Strategie ist, wie die Konsequenzen schwarz-gelber Austeritätspolitik in Europa zeigen, gering. Damit ist die Strategie nicht obsolet. Zugleich macht die ersichtliche Schwäche des Neoliberalismus Wege nach rechts (autoritäre und populistische Lösungen) ebenso möglich wie Suchprozesse in Richtung eines modifizierten Entwicklungsmodells.

*Zweitens:* Wandel als *reformkapitalistische Transformation* und Richtungsveränderung mit der Präferenz einer *öko-kapitalistischen Entwicklungsvariante* („Grüner Kapitalismus“) oder eines weiterführenden „Sozial-libertären Green New Deal“.

Ökokapitalismus oder auch „Grüner Kapitalismus“ zielen auf ökologischen Wandel und ökologische Modernisierung innerhalb der vorherrschenden wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen. Green New Deal meint Richtungsveränderung auf Grundlage einer postneoliberalen Entwicklung des Kapitalismus. Mit Letzterem könnte es sozialen und politischen Kräften gelingen, im Rahmen des Kapitalismus den ökologischen Umbau mit sozialen Reformen und bestimmten demokratischen Entscheidungsprozessen zu verbinden und einen Transformationsprozess einzuleiten. Damit könnten möglicherweise Voraussetzungen für weitergehende sozialökologische und demokratische Umwandlungen entstehen. Dies ist von einem Grünen Kapitalismus, der eben nicht mit der dominanten Profit- und Wachstumslogik bricht, kaum zu erwarten.

Der „Grüne Kapitalismus“, zum Teil auch ein *Green New Deal* haben einflussreiche Fürsprecher und Verfechter in unterschiedlichen ökologischen und sozial-libertären Milieus, in grünen und sozialdemokratischen Parteien, in NGOs, aber auch innerhalb verschiedener Kapitalgruppen und Unternehmerfraktionen. Politisch getragen wird das Konzept des „Grünen Kapitalismus“ von Schwarz-Grün, das des Green New Deal eher von Rot-Grün.

*Drittens:* Wandel als *sozialökologische und solidarisch-emanzipative Transformation*, als Ringen um eine Überwindung des marktradikalen Entwicklungsmodells und neoliberalen Wachstumspfad und als Suchen nach einem neuen, zukunftsfähigen sozioökonomischen

und soziokulturellen Entwicklungspfad. Dieser Transformationsansatz geht davon aus, dass der ökologische Wandel vor allem ein gesellschaftlicher Wandel sein muss und unterscheidet sich damit von anderen Nachhaltigkeitsansätzen. Zentrale Annahme ist der erforderliche Richtungswechsel, im Unterschied zu Richtungskonstanz (Konzept Eins) oder Richtungsveränderung (Konzept Zwei).

Soziale Träger dieser Gesellschaftskonzeption finden sich in links-alternativen Milieus, in sozialen Bewegungen, unter kritischen Intellektuellen, aber auch in Teilen der Mittelschichten und selbst in Kreisen der Funktionseliten. Die Partei DIE LINKE sollte hier ein wichtiger Partner sein bzw. werden. Dafür benötigt sie ein zukunftsfähiges, eigenständiges Konzept, ein Konzept, das die sozialökologische und solidarisch-emanzipative Transformation als ein die Gesellschaft veränderndes und umgestaltendes Projekt ins Zentrum stellt.

Noch dominiert das Konzept der Richtungskonstanz, das Festhalten an einem höchstens minimal modifizierten Entwicklungs- und Wirtschaftspfad. Eine Konsequenz ist, dass sich in Europa wie gerade in Deutschland die Durchsetzungsbedingungen für eine Energiewende als Teil eines sozialökologischen Pfadwechsels verschlechtert haben. Viele der insbesondere seit Fukushima eingeleiteten Schritte erweisen sich als inkonsequent, als bloße Rhetorik oder werden deutlich zurückgefahren. Die jüngsten politischen Entscheidungen bevorzugen eindeutig große und zentralistisch agierende Energiekonzerne oder insgesamt Großunternehmen und machen die Energiewende de facto zu einem unsozialen Gesellschaftsumbau – Barrieren für andere wirtschaftliche Akteure und schwindende Zustimmung, Verunsicherung bei der Bevölkerung. Auch das verweist auf die notwendige gesellschaftspolitische Scheidelinie.

### *Drei Länder im Fokus*

Die vorliegende Studie will Einstiegsfelder für den sozial-ökologischen Umbau am Beispiel von drei Bundesländern – Brandenburg, Thüringen und Bremen – aufzeigen. Dabei geht es nicht um Breite oder Vollständigkeit von Feldern und Projekten, es geht auch nicht darum, hier eindeutig nur „linke“ auszuzeichnen. Es geht um solche, die markant für einen sozial-ökologischen Umbau stehen (können) und so gerade die LINKE besonders tangieren sollten, von dieser besonders unterstützt, voran getrieben werden, werden müssen. Auswahl und Betrachtung der Einstiegsfelder/Projekte variieren in Abhängigkeit von den politischen Konstellationen in den einzelnen Ländern, die in ihrer Unterschiedlichkeit den Blick noch schärfen können. Den übergreifenden Ausgangspunkt bildet die Energiewende.

Dem Land Brandenburg kommt schon seit einigen Jahren eine beachtliche Rolle bei der Wende zu erneuerbaren Energien zu. Das betrifft insbesondere Windenergie und Biomasse. Zugleich ist das Land Konzentrationspunkt fossiler Energieproduktion – mit Braunkohletagebauen und Braunkohlekraftwerken. In dieser herausfordernden Konstellation kam es 2009 zur Bildung der rot-roten Koalition. Für Brandenburg stellt sich die zentrale Frage, wie die LIN-

KE in und außerhalb der Koalition mit einer solchen offensichtlichen Ambivalenz umzugehen vermag und ob sie landespolitisch oder auf kommunaler Ebene mögliche Einstiegsfelder, Einstiegsprojekte für einen sozialökologischen Umbau zu identifizieren und zu unterstützen vermag. Sie ist in Regierungsverantwortung ebenso an EU- und Bundespolitik gebunden wie der stärkere Koalitionspartner Zugeständnisse gerade im Energiesektor verlangt. Welche originären Akzentsetzungen werden versucht, sind möglich? Ins Zentrum rücken kommunale Ansätze und Projekte – von eigenständigen Energiekonzepten bis zu Bioenergiedörfern.

Thüringen ist gleichfalls beachtlich ausgewiesen mit Anteilen erneuerbarer Energien, insbesondere bei Windenergie und Biomasse. Ein nennenswerter Produzent fossiler Energien ist das Land nicht, sondern ist Energieimporteur und abhängig vom Netzbetreiber. Bei der letzten Wahl hatte die SPD die Chance einer rot-roten Koalition ausgeschlagen, die LINKE befindet sich so in einer starken Oppositionsrolle auf Landesebene. Zudem ist sie kommunal so stark wie in keinem anderen Bundesland präsent. Die LINKE hat ein überzeugendes strategisches Entwicklungskonzept, dessen zentraler Baustein die sozial-ökologische Wende ist. Kann eine starke Opposition auf eine Änderung der Rahmenbedingungen wirken? Kann kommunale Kraft landespolitisch gebündelt werden? Neben starken landespolitischen Initiativen aus der Opposition heraus wird nach kommunalen Einstiegen gefragt, als Beispiel herangezogen wird eine Energiegenossenschaft in Südthüringen.

Das Land Bremen weist als Stadtstaat einige Besonderheiten auf. Neben dem im urbanen Kontext schwierigeren Einstieg in die Energiewende ist die politische Konstellation auch für DIE LINKE eine andere als in den beiden ostdeutschen Ländern: Die LINKE ist in der Bürgerschaft nur als sehr kleine Opposition vertreten und sie ist auch in den Stadtteilen von Bremen oder Bremerhaven deutlich in der Minderheit. Stadtentwicklung, Stadtumbau stellen eine besondere politische Herausforderung dar. Die LINKE verfolgt eigenständige strategische Ansätze, die sich zugleich in konkreten Projekten finden. Ins Zentrum rücken die prekären sozialen Voraussetzungen einer Energiewende. Welche Möglichkeiten bestehen, sich einer weiteren sozialen Verödung der Stadt, die zweifellos eine erhebliche Transformationsbarriere wäre, zu stellen? Wo liegen hier die Ansätze für einen gesellschaftlichen Umbau?

### *Zur Auswahl und Relevanz der Fälle*

Mit der knappen Einführung in die Länder zeigen sich Spezifika wie Konsequenzen der Auswahl, die die Einzelfälle typologisch relevant machen. Die Fälle umfassen zwei ostdeutsche Bundesländer und ein westdeutsches. Sie unterscheiden sich im Status der Umsetzung der Energiewende – Brandenburg und Thüringen als Vorreiter, Bremen im Durchschnitt – wie hinsichtlich Einfluss und politischer Verantwortungsübernahme der LINKEN – in Brandenburg ist DIE LINKE in Regierungsverantwortung, in Thüringen stark in der Opposition wie kommunal, in Bremen eher kleine Oppositionspartei. Schließlich sind die Herausforderungen

unterschiedlich hinsichtlich des Anteils fossiler Energien. Entlang dieser Besonderheiten lassen sich Schlussfolgerungen formulieren, die für typologisch ähnliche Konstellationen interessant sein sollten. Die Einstiegsfelder oder/und Einstiegsprojekte sind hinsichtlich ihrer besonderen Relevanz, die sie für ein linkes, sozialökologisches und solidarisches Gesellschaftsprojekt spielen bzw. spielen könnten, ausgewählt worden. Dies schließt an unsere prinzipiellen Überlegungen der Studie von 2011 an – zentral sind neben der Umsetzung der Energiewende und ihrer ökologischen Ausrichtung wirkliche Beteiligung, demokratische Mitwirkung, soziale Teilhabe, kommunale Selbstermächtigung und Lern-/Veränderungsprozesse hinsichtlich kultureller Voraussetzungen des sozial-ökologischen Umbaus. Mit dieser Analyse konkreter Einstiegsfelder können zugleich strategische Schlussfolgerungen für die Politik der Partei Die LINKE formuliert werden.

Die Studie wird nach einem kurzen Einstieg zur aktuellen Situation und zu den Rahmenbedingungen von Energiewende und sozial-ökologischer Transformation in drei Falldarstellungen die einzelnen Länder mit Bezug auf die ausgewählten Einstiegsfelder betrachten. Abschließend werden die Fälle zusammenfassend diskutiert und Schlussfolgerungen formuliert. Die Studie ist, was die aktuellen Auseinandersetzungen um die Energiewende betrifft wie auch DIE LINKE, in turbulenten Zeiten entstanden. Dies hat hin und wieder Konsequenzen für die Darstellung.

## **II. Spielräume und Spieler: Drei Länder und Einstiegsfelder für den sozial-ökologischen Wandel**

### **II.1. Rahmenbedingungen und Status quo**

Die Voraussetzungen für den sozial-ökologischen Umbau schienen sich mit dem nach der Fukushima-Katastrophe geöffneten Gelegenheitsfenster deutlich verbessert zu haben. Die Bundesregierung war in der Lage, die zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKW) in eine Strategie des raschen Atomausstiegs umzukehren. Damit wie mit den Zielsetzungen einer Energiewende, insbesondere dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, wurden wieder in Europa Vorreiterpositionen bei einem erforderlichen Politikwechsel reklamiert, wie sie Deutschland zuvor besessen, mit dem EEG 2000 auch praktisch gemacht, dann aber mit der schwarz-gelben Koalition (Laufzeitverlängerung; Wachstumsbeschleunigung) wieder aufgegeben hatte. Andererseits orientieren sich bisher schon mehr als 70 Länder am deutschen EEG.

Für die jüngste Zeit sind Fortschritte bei den einzelnen Komponenten der Energiewende – Ressourceneffizienz, Ressourceneinsparung und Ausbau der Erneuerbaren – nicht zu übersehen. Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung lag 2011 über 20 %, die gesetzten Zielmarken für 2030 (50 %) oder 2050 (80 %) wären durchaus zu erreichen, seriöse

Annahmen halten 100 % für möglich. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß konnte um mehr als 170 Mio. t pro Jahr reduziert werden, auch hier sind die anspruchsvollen Ziele (Reduzierung um mindestens 80 %, möglichst 95 % gegenüber 1990) zu erreichen. Das Wachstum der Arbeitsplätze ist im Bereich der Erneuerbaren in Deutschland mit aktuell ca. 370.000 beachtlich. Solche positiven Trends zeigen sich gerade auch für die von uns ausgewählten Länder. Insbesondere Brandenburg und Thüringen nehmen Spitzenplätze ein. Beide partizipieren an der bisher starken Solarindustrie – über 80 % der deutschen und 18 % der weltweit produzierten Solarzellen kamen 2009 aus Ostdeutschland. Im Endenergieverbrauch der Erneuerbaren lag Brandenburg 2010 auf Platz 3 der 16 Bundesländer, 2012 auf Platz 1 (56 %). Thüringen liegt mit 18 % auf Platz 7. Brandenburg liegt vorn bei der Nutzung der Potenziale von Wind (Rang 2) und Biogas (Rang 4), Thüringen bei Biogas (Rang 1) und Biomasse (Rang 5). Ähnlich sieht es aus für die Anteile von Unternehmen und die Zahl der Beschäftigten in den Branchen. Erneuerbare Energien gelten für Ostdeutschland und speziell die beiden Länder als Zukunftsbranchen. Dies bestätigen die hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in dem Bereich. Der Stadtstaat Bremen hat mit dem Ausbau der Windenergie gleichfalls die Wende zu den Erneuerbaren Energien eingeleitet (Anteil von 7 %, allein für Bremerhaven 21 %).

Nicht zufällig haben sich diese Trends abgeschwächt, sind sie gefährdet. Stärkstes Konfliktfeld der letzten Monate war die Solarförderung, wo bundespolitische Vorhaben zu deutlichem (vor allem auch landespolitischen) Widerstand führten. Gerade für Ostdeutschland erschien die angesetzte pauschale Kürzung der Förderung als erneuter industriepolitischer Kahlschlag. Der unter Druck der Länder im Bundesrat gefundene Kompromiss nimmt nur einiges wieder zurück, ist aber eher (so EUROSOLAR) ein „fauler Kompromiss“. Es gibt nach wie vor keine nachhaltige Wachstumsstrategie für die Erneuerbaren. Novellierungen des EEG sehen Kürzungen der Einspeise-Vergütungen vor, der vor Jahren beschlossene Zertifikate-Handel wird mit den überwiegend pauschalen Zuteilungen noch immer seinem Namen nicht gerecht und ist wenig stimulierend für CO<sub>2</sub>-Einsparungen. CCS und der mögliche Neubau von Kohlekraftwerken bleiben als Optionen im Spiel.

Ein Atomausstieg, der nicht zugleich entsprechend die Erneuerbaren forciert, liefert praktisch die Argumente für eine Verlängerung fossiler Pfade. Nicht nur diese Beispiele zeigen, dass wesentliche Punkte der bundespolitischen Offensive widersprüchlich sind, in ihrer Umsetzung Verzögerungen erfahren – etwa die energetische Gebäudesanierung – oder eben nahezu willkürliche Kürzungen – wie sichtbar an der Solarindustrie –, insgesamt wird immer offensichtlicher, dass die bundespolitische Initiative auf eine sehr einseitige und unsozial angelegte Energiewende zielt, deren einzelne Maßnahmen den erforderlichen (und möglichen) sozial-ökologischen Wandel blockieren. Deutschland wird so nicht nur zunehmend zu einem europäischen Bremsklotz bei klimapolitischen Zielsetzungen (Energieeffizienz); die praktizierte Bundespolitik verschlechtert systematisch die Rahmenbedingungen für eine wirkliche Ener-

giewende und den sozial-ökologischen Umbau in den Ländern, den Regionen und Kommunen. In Brandenburg etwa wird einseitig die Position von Vattenfall und von denjenigen gestärkt, die in der Braunkohleverstromung den Weg sehen, um die Position des Landes als Energieexporteur stark zu machen. Auftretende, nicht zu unterschätzende Probleme bei der Umsetzung der Energiewende werden zu prinzipiellen Bedenken und Vorbehalten getrieben.

Das Aussitzen politischer Entscheidungen für die energetische Gebäudesanierung verhindert in einem gewichtigen Bereich Fortschritte in Richtung *Ressourceneffizienz*; die anhaltende Begünstigung großer Energieverbraucher durch geringe Abgaben schaltet Anreize für eine Senkung des *Ressourcenverbrauchs* aus; das Festhalten an fossilen Energieträgern wie die Bevorzugung zentraler und großdimensionierter Anlagen blockieren den Übergang zu *erneuerbaren Energien*. Eine so eindeutig interessenpolitisch determinierte Strategie der Energiewende – von den „großen Vier“ im Energiesektor bis zu den Monopolisten etwa in Autoindustrie, Finanzwirtschaft oder auch im Agrarbusiness – bedeutet insofern Stillstand und Zementierung des Status quo. Den bundespolitischen Initiativen für neue Wettbewerbe, Modellregionen etc. stehen zunehmend interessenpolitisch formierte Gutachten und Expertisen gegenüber, die sich mit konkreten politischen Vorgaben eher zu einer konzertierten Strategie des Rollback verdichten. Medial wird die erforderliche Energiewende mittlerweile häufig als Horrorthema inszeniert.

Im wirtschaftlichen Sektor werden Akteure und Protagonisten der Energiewende – die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, Genossenschaften, kommunale Betriebe etc. – finanziell übermäßig belastet, mit einem förderpolitischen Hin und Her verunsichert. Der sogenannte „Energiewendeindex“ (dena und Ernst&Young) zeigt in etwa gleichrangig Zustimmung und Vorbehalte zu den Erneuerbaren, die stark belasteten KMU wollen sich auch rechtlich zur Wehr setzen (Textilverband). Es fehlt an abgestimmten Regelungen wie klaren Rahmenseetzungen. Solche Defizite erstrecken sich bis zu Widersprüchlichkeiten und Zögern im Netzausbau. Statt Streit zwischen den Ministerien wäre eine einheitliche Steuerung erforderlich, eine verlässliche politische Flankierung. Zudem müssten die Interessen der einzelnen Bundesländer stärker thematisiert und abgestimmt werden. In sozialer Hinsicht belasten die Strompreise und auch die Maßnahmen der Gebäudesanierung einseitig die Bürger und verschärfen sie schon bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Große soziale Gruppen können an der Energiewende nicht teilnehmen (Mietpreise für gedämmte Wohnungen), Energie sparen muss man sich leisten können (Kosten für neue und effiziente Geräte). Sozial und auch kulturell schafft eine solche Wende weder Anreize noch Möglichkeiten für sinnvolle Eigenanstrengungen des Einzelnen und befördert sie mentale Aversionen gegenüber „verspargelter Landschaft“ oder „Maiswüsten“. Insgesamt werden so alle Voraussetzungen genommen, die Energiewende zu einem umfassenden demokratischen und emanzipatorischen Projekt und zum Kern des sozial-ökologischen Umbaus zu machen. Genau das ist die eingangs umrissene

Scheidewegssituation, die sich in und unterhalb allgemeiner Wenderhetorik zeigt: Weiter so und festhalten am Verschleißmodell, oder Eintreten für ein Zukunftsprojekt.

In Teilen der Bevölkerung wachsen Vorbehalte, die sowohl mit der konkreten Politik der Energiewende wie mit dem allgemeinen Krisenempfinden zu tun haben. Dies führt zu Konstellationen, die auch in den Ländern nicht unbedingt DIE LINKE und erforderliche Umbauprojekte begünstigen. Unterstützung erfahren politische Akteure, welche eher zu Vorschlägen im Rahmen bestehender Pfade tendieren, höchstens ein vorsichtiges Experimentieren zulassen. In Brandenburg schlagen neuere Umfragewerte stärker zur SPD hin aus (März 2012), in Thüringen behauptete sich die CDU trotz einiger Verluste 2012 als stärkste kommunalpolitische Kraft, und in Bremen waren SPD und GRÜNE die Gewinner der Bürgerschaftswahlen 2011. Zugleich aber schlägt sich diese Situation in wachsendem Frust und Aversion gegenüber politischen Akteuren oder/und Parteien nieder. Es sind nicht nur die Piraten, die auf Distanz zur „demokratischen Elitenherrschaft“ (Roth) gehen, es ist eine Orientierung auf Protestwähler und gerade auch bei den Kommunalwahlen auf Kandidaten, die nicht von Parteien nominiert oder unterstützt werden. Demokratie vor Ort erfährt eine deutliche Erosion.

Da bei Bundespolitik (und europäischer Politik) die entscheidenden politischen Weichenstellungen liegen, ist das Handeln in Ländern, Regionen und Kommunen davon abhängig und hat es die verschlechterten Rahmenbedingungen zur Voraussetzung. Der verbalen Wenderhetorik und den vereinzelt Initiativen von Schwarz-Gelb steht real eine zunehmende Politik der Blockierung gegenüber. Zugleich liegen relevante Gestaltungsspielräume der Länder in Raumordnung und Regionalplanung, sie können zudem Einfluss nehmen auf die Verteilung von Fördermitteln. Landespolitische Einflussnahme ist über den Bundesrat wie auch die Ländervertretungen und den Ausschuss der Regionen in Brüssel möglich, generell ist Brüssel mit Blick auf die neue Förderperiode eine zentrale Adresse. Auch für DIE LINKE sind das wichtige Optionen, um in geeigneter Form – vor allem natürlich bei eigener landespolitischer Verantwortung – Druck zu machen. Zugleich sollte sie starke Akzente eines sozial-ökologischen Wandels vor Ort setzen bzw. unterstützen. Beides muss Hand in Hand gehen. Bei den zunehmenden Schwierigkeiten und Blockaden auf den oberen Ebenen, bei der offensichtlichen Bevorzugung von Großplayern und Großlösungen sind die gegebenen Möglichkeiten für dezentrale, für regionale und lokale Lösungen bzw. Projekte mehr als eine Ergänzung aufgeführter Aktivitäten. Sie sind eine starke politische Motivation, um Entscheidungen für die anstehenden Alternativen in Richtung auf eine zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung zu befördern, um soziale und kulturelle Voraussetzungen zu schaffen und die verschiedenen Akteure zu befähigen und zu ermutigen. Die Logik der Entwicklung ist umzukehren.

## II.2. Brandenburg – Spagat zwischen Kohle und Kommune

Das Land Brandenburg nimmt bei der Nutzung von erneuerbaren Energien im Vergleich der Bundesländer aktuell den ersten Platz ein (56 %). Besonders stark zu Buche schlagen dabei Windenergie, Biomasse und mit einigem Abstand Solarstrom. Allein in der Windenergiebranche sind ca. 5.000 Arbeitsplätze entstanden, im Bereich der Erneuerbaren Energien insgesamt etwa 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze. Brandenburger Landkreise sind bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien in Relation zum Verbrauch Spitze im Bundesvergleich. Die Prignitz liegt mit 198 % auf Platz 3, die Uckermark mit 184 % auf Platz 4 und Ostprignitz-Ruppin mit 104 % auf Platz 7. Die Energiewende ist im Land verankert wie auf regionaler, lokaler Ebene. Brandenburg ist ebenso ein Spitzenreiter in fossiler Stromerzeugung (Braunkohleverstromung) mit einem Belastungsgrad an CO<sub>2</sub>, der bezogen auf Einwohner der absolut höchste in Deutschland ist. Der Süden Brandenburgs ist von diesem Energiesystem geprägt; für Brandenburg kann insofern von einer sich immer stärker entwickelnden dualen Struktur von Energieerzeugung und Energieversorgung gesprochen werden – einer auf erneuerbaren Energien basierenden Struktur insbesondere im Norden und in der Mitte Brandenburgs, einer auf Braunkohle basierenden Struktur vor allem im Süden und ebenso in der Mitte des Landes.

Mit den großen Anteilen erneuerbarer Energien haben sich zugleich Vorbehalte gegenüber der Energiewende verstärkt, Proteste, Widerstände insbesondere gegen Windkraftanlagen, aber auch gegenüber Biomasse und Solarflächen. Das Land ist auch hier bundesweit zu einem Vorreiter geworden, der Widerstand gegen Kohle und Abbaggerung von Dörfern scheint demgegenüber weniger markant und lokal eingegrenzt. Eine Partei wie DIE LINKE befindet sich in sehr schwierigen, zwiespältigen Konstellationen.

Damit ergeben Spezifik wie Eingrenzung der Darstellung: Einerseits die Frage, wie DIE LINKE in der Koalition mit dem schwierigen Erbe fossiler Energieerzeugung umgehen, wie konsequent sie sich für einen möglichst raschen Ausstieg aus der Braunkohle einsetzen kann? Wo werden angesichts erforderlicher Kompromisse und einer wieder stärkeren bundespolitischen Legitimierung dieser „Brückentechnologie“ dennoch eigene Akzente gesetzt? Die zweite Frage ist, inwiefern und inwieweit die rot-rote Koalition insgesamt wie speziell DIE LINKE darüber hinaus Impulse setzen kann für eine Forcierung der Energiewende, für einen Durchbruch der Erneuerbaren? Inwiefern kann sie also eine „Politik der Ermöglichung“ praktisch machen? Denn Ermöglichung (Unterstützung, Setzen der Rahmenbedingungen) wäre ein Schritt zur Energiewende als Weg zu einem sozialen und ökologischen Gesellschaftsumbau. Dabei muss die Frage besonders justiert werden, weil das Land sich in der Tat in einer Vorreiterrolle für die Energiewende befindet und so vor neuartigen Umsetzungsfragen steht (Netzausbau bzw./und Integration der Netze; Energiespeicherung) und weil die kommunalen Umsetzungen zum Teil schon sehr weit gediehen sind. Insofern geht es weniger um die (oder gar

das) singulären Beispiel/e, sondern um Interaktion zwischen, Zusammenspiel von Landes- und kommunaler Ebene.

*Zu einigen basalen Konstellationen politischen Handelns in Brandenburg nach der jüngsten Landtagswahl 2009*

Parteien im Landtag	Wahlergebnisse bei je jüngster LT-Wahl	Sitze	Wer regiert?	Kommunale Verankerung <sup>1</sup>
SPD	33%	30 von 88	SPD/LINKE	SPD stärkste kommunalpolitische Kraft <sup>2</sup> : 9 Landräte, 3 OB; 7 ha. Bürgermeister
LINKE	27,2%	25		0 Landräte; 0 OB; 15 ha. Bürgermeister; 4 weitere Wahlbeamte; 31 ehrenamtliche Bürgermeister
CDU	19,8%	19		3 Landräte, 1=OB; 10 ha. Bürgermeister <sup>3</sup>
FDP	7,2%	7		Nicht ausgezählt
B90/Grüne	5,7%	5		Nicht ausgezählt
Fraktionslos		2 (einer ehemals Linke; einer ehemals SPD)		-

Seit seiner Bildung 1990 wird das Land Brandenburg ununterbrochen von der SPD teils allein, teils in Koalitionen regiert. Vor 2009 war 10 Jahre lang die CDU Koalitionspartner der SPD. Mit der CDU konkurriert die LINKE um Platz zwei in der Wählergunst. In Brandenburg ist die LINKE seit 1990 in Fraktionsstärke vertreten und mitgliederstärkste Partei. Der Landesverband der LINKEN hatte 2010 über 8.000 Mitglieder. Die LINKE war hier bei Wahlen immer relativ stark, bei den Landtagswahlen von 2009 erzielte sie herausragende Ergebnisse. In Brandenburg kam die LINKE 2009 schließlich erstmals in Regierungsverantwortung – als Juniorpartner der SPD. Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg ist derzeit die einzige Koalition dieser Parteien bundesweit.

Die Brandenburger attestieren der rot-roten Koalition bislang insgesamt eine gute Arbeit, sind mit ihr mehrheitlich zufrieden. Die Zufriedenheitswerte verteilen sich jedoch ungleich auf die Koalitionäre, der Zuspruch für DIE LINKE ist leicht rückläufig. Das hängt auch mit Kompromissen und Zugeständnissen zusammen, die der Eintritt in Regierungsverantwortung mit sich brachte. Aber nicht nur; das Wählervotum für die LINKE speist sich aus verschiedenen Quellen und Motivlagen.

<sup>1</sup> Für Links im Amt. Amtsträger und Amtsträgerinnen der Partei DIE LINKE in kommunalen Verwaltungen unter <http://www.die-linke.de/politik/kommunal/fuerlinksimamt/> (Zugriff 27.05.2012).

<sup>2</sup> Kommunalwahlen 2011(nicht einbezogen: parteilose Kandidaten, Einzelbewerber und Freie Wähler, Feuerwehr etc.

<sup>3</sup> Kommunalwahlen 2011

DIE LINKE vertritt zu Recht Gruppen und Milieus, die erheblich von sozialer Verwundbarkeit betroffen sind und setzt starke sozialpolitische Akzente. So hat sie in der Koalition Originäres erreicht, was auch in der Halbzeitbilanz entsprechend herausgestrichen wurde: Diese soziale Politik ist Kern einer zu befördernden Transformationsfähigkeit, ist mit der Perspektive des sozialökologischen Umbaus direkt verbunden. Zugleich aber sind solche Gruppen und Milieus schwer zu mobilisieren und sind sie bisher kaum interessiert und in der Lage, sich für einen sozialökologischen Umbau zu engagieren. Demgegenüber sind die sogenannten Mittelschichten – Ostdeutschland zeigt eine markante Zunahme dieser Mittelschichten wie zugleich extrem prekärer Soziallagen – mit ihren Themen und Interessen sichtbar zu Trägern der Protestkultur geworden (Verteidigung der Privatschulen, Widerstand gegen Windkraft oder/und Veränderungen dörflicher Infrastruktur). Sie sind aber vielfach auch Anhänger und Protagonisten von Klimaschutz, von erneuerbaren Energien und ökologischem Umbau. DIE LINKE ist hier in besonderem Maße herausgefordert.

Kompromisse kennzeichnen von Anfang an die neue rot-rote Koalition, gerade auch im Bereich von Energiewende oder dem sozial-ökologischem Umbau. Mit den aufgeführten Daten wurde zudem ersichtlich, dass das Land schon unter der rot-schwarzen Koalition Akzente für die Energiewende gesetzt hatte, es war zum ausgezeichneten Vorreiter („Leitstern 2008“, dann nochmals „Leitstern 2010“ der Agentur für Erneuerbare Energien) in der Bundesrepublik geworden. Markanter Ausdruck ist die „Energiestrategie 2020“, deren Fortschreibung bzw. Überarbeitung wichtige Aufgabe der neuen Koalition wurde.

### **Die LINKE in Regierungsverantwortung**

Der *Koalitionsvertrag von SPD und der LINKEN in Brandenburg* von 2009 (61 Seiten) steht unter dem Motto „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“. Hintergrund für diese Orientierung ist die geteilte Position der Koalitionäre: „Beim Neuaufbau des Landes gelang es nicht, allen Menschen eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen.“ Der Koalitionsvertrag enthält einige starke Elemente, die in Richtung eines sozialökologischen Umbaus weisen. In verschiedenen Einschätzungen reklamiert DIE LINKE für sich die Durchsetzung des *Vorrangs* der erneuerbaren Energien, damit die Aufnahme wesentlicher Kernpunkte ihres Schlüsselprojektes 05 der Wahlstrategie. Genau damit wäre so auch die Abkehr von der schwarz-roten Politik (den begrenzten Zielen der „Energiestrategie 2020“) eingeleitet. Hinsichtlich einzelner konkreter Fragen wie dem Aufschluss von Tagebauen, dem Erhalt von Dörfern sei dies (vor allem wegen komplizierter Rechtsprobleme) nicht so gelungen. In einem wichtigen Bereich findet sich zumindest eine starke, wenngleich etwas rudimentäre und isolierte Formulierung: Auszurichten sei ein Wettbewerb von Bioenergiedörfern.

Für DIE LINKE waren die vorangehenden Diskussionen zum eigenen Leitbild „Unsre Heimat – für ein Brandenburg der Regionen“ wichtige Voraussetzungen, um rasch Schlüsselprojekte

für die Koalitionsverhandlungen formulieren zu können und sich auf die in intensiver Arbeit entwickelten Leitbildpositionen zu stützen. Dennoch hatte die SPD mit ihrer langjährigen Regierungserfahrung und Dominanz in der Koalition eine größere Verhandlungsmacht. Die Chance, zentrale soziale und etwa auch bildungspolitische Zielstellungen im Land umsetzen zu können, ließ für die maßgebenden Akteure der LINKEN auch schmerzliche Kompromisse vertretbar erscheinen. Der damalige Landesvorsitzende Thomas Nord bilanzierte:

„Die Schlüsselprojekte [des Wahlprogramms] wurden Schnittstelle zwischen Programm und Politik, fanden weitgehend Eingang in den Koalitionsvertrag. Damit waren sie Basis für die Akzeptanz des Vertrages in der Partei und der großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Zur Bildung der Koalition mussten wir der SPD insbesondere im Bereich Energiepolitik und Öffentlicher Dienst Zugeständnisse machen...“ (Thomas Nord: Wir haben verändert, Dokumentation zum Auftakt der Leitbilddebatte am 03. Dezember 2011 unter:

<http://www.brandenburg-2020.de/fileadmin/dialog-brandenburg/dokumente/downloads/Dokumentation-Leitbildkonferenz-Web.pdf> (Zugriff 29.05.2012)

Den Kompromisscharakter machen u.a. Formulierungen zum industriepolitischen Leitbild deutlich. Eine zu stärkende Wachstumsorientierung wird „ökologisch ergänzt“. Die Energiepolitik bleibt auf „Sicherung des Industriestandortes Deutschland“ fixiert und deshalb an den Energieträger Braunkohle gebunden. Der Ausbau der Erneuerbaren, Energieeffizienz und Energieeinsparung werden unterstrichen, Priorität hat der *Industriestandort*. Erfordernisse verantwortungsvoller Gestaltungspolitik prallen mit einem ambivalenten Kompromiss in der „Kohlefrage“ zusammen. Damit sind nicht nur Konsequenzen für die Umsetzung der Energiewende durch Rot-Rot verbunden; ein solcher Kompromiss stellt zudem gerade DIE LINKE wie ihre Anhänger- und Wählerschaft vor schmerzliche Zerreißproben.

### *Die LINKE in Brandenburg und die Braunkohle*

Die bisher noch gegebene Abhängigkeit des Landes Brandenburg von der heimischen Braunkohle als Energieträger und die führenden Position des Landes beim Ausbau erneuerbare Energien begründen **einen ambivalenten Dualismus im Prozess der Gestaltung der Energiewende**. Dieser zeigt sich immer wieder an markanten Punkten.

Bei allem Einsatz für die erneuerbaren Energien, der sich im Leitbildprozess der LINKEN (2006 – 2007) gezeigt hat, ist eine solche Position innerhalb der Partei nicht unumstritten, zu einem großen Teil nicht aufgenommen. Auch im Umfeld der Partei ist die Akzeptanz von Atomenergie und Kohlewirtschaft recht hoch. Dem steht eine gleichsam übermächtige Lobby für die Kohlewirtschaft in Brandenburg zur Seite. Durch die „Gespaltenheit“ des Landes wird das Gewicht einer solchen Koalition noch größer, denn im Norden und in Teilen der Mitte des Landes scheint kaum jemanden das „Kohlethema“ zu tangieren. Folgenreicher Ausdruck für eine so mögliche Meinungsdominanz war etwa die Volksinitiative (Oktober 2007- Januar

2008) bzw. das letztlich gescheiterte Volksbegehren (Oktober 2008-Februar 2009) »Keine neuen Tagebaue in Brandenburg— für eine zukunftsfähige Energiepolitik«.

Die Volksinitiative(2007-08) »Keine neuen Tagebaue in Brandenburg...« wurde von einem breiten Bündnis getragen (Bündnis 90/Grüne; Die LINKE; Grüne Liga; BUND). DIE LINKE war damals in Brandenburg Oppositionspartei, sie konnte sich mehrheitlich – was nicht unbedingt so zu erwarten war – zustimmend und aktiv einbringen. Das Zustandekommen dieser Partnerschaft ist insofern bemerkenswert und zeigt mögliche Allianzen für Zukunftsfragen, es wird aber von Verantwortungsträgern der LINKEN unterschiedlich beurteilt und zum Teil sehr kritisch gesehen.

Die Ambivalenz der Braunkohleproblematik für DIE LINKE selbst zeigte sich beispielsweise in einem offenen Konflikt zwischen dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium zur Problematik des Kraftwerksbaus in Jänschwalde im Herbst 2011. Diese für die Energiewende wichtigen Ministerien unter linker Verantwortung vertreten diametrale Positionen, die zugleich offenbaren, wie inhaltlich zerrissen die Partei selbst in der Frage ist und wie weit ein Kompromiss sozusagen die Parteigrenzen übergreift. Mit der wechselnden Verantwortung beider Ministerien für eine Umsetzung der „Energiestrategie 2030“ werden offensichtlich wiederum unterschiedliche Optionen verbunden. Zu einer Klarheit linker Politik trägt dies nicht bei.

### *Die Entscheidungen des Landesparteitages 2012 in Blossin*

Die Kräfteverhältnisse in der Landespartei DIE LINKE Brandenburgs in der Haltung zur Kohle wurden im Februar 2012 auf dem Landesparteitag in Blossin deutlich. Dort stimmten 54 Delegierte für einen Antrag, dass keine neuen Braunkohlekraftwerke in Brandenburg mehr gebaut und keine neuen Tagebaue erschlossen werden. 53 Delegierte votierten gegen diesen Antrag. Damit plädierte die LINKE erneut, wenn auch mit sehr knapper Mehrheit für den Ausstieg aus der Kohle. Viele Delegierte sahen sich angesichts der Koalitionslage unter erheblichem Druck, und ausdrücklich sollte der knappe Mehrheitsbeschluss keine Auswirkungen auf die Landespolitik haben. Ein solches „Jein“ der LINKEN zur Braunkohle bewirkte Befremden und Enttäuschung einstiger Partner von Volksinitiative und Volksbegehren, führte zu symbolischen Protesten im Umfeld des Parteitages.

Der Blossiner Parteitag fasste auf Antrag des Landesvorstandes noch einen zweiten Beschluss zur Energiepolitik. Mit 66 zu 48 Stimmen wurde eine frühere Resolution zum Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040 bekräftigt. Das ist zwar eine deutliche Mehrheit, sie steht aber für einen sehr langfristigen Ausstiegsprozess. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass aktuelle bundespolitische Offerten für Braunkohle als „Brückentechnologie“, Schwierigkeiten (Netzausbau und Speicherung), wachsende Vorbehalten gegenüber den erneuerbaren Energien auch innerhalb der LINKEN selbst entsprechenden Einwänden bzw. Positionen Aufwind verleihen.

Andererseits nimmt der Druck auf Die LINKE aus verschiedenen Bürgerinitiativen, von Greenpeace aus den von der Abaggerung bedrohten Kommunen etc. zu. Der LINKEN wird hinsichtlich einer sozialökologischen Wende die Position als Verhinderer zugeschrieben. Dies erschwert Partnerschaften und Bündnisse und kann die innere Zerrissenheit der LINKEN nicht lindern.

Für Kompromiss und Ambivalenz steht auch das lange Festhalten an der CCS-Technologie. Ebenso muss auf die wirtschaftspolitische Förderstrategie des Landes verwiesen werden. Sie hat eine stärkere soziale Ausrichtung erfahren, ökologischen Aspekte finden zumeist nur ergänzend Beachtung. Das erfährt häufig Kritik vom implementierten „Beirat für Nachhaltige Entwicklung“: Nachhaltigkeit sollte übergreifend in jedem Ressort verankert sein. Für eine regionale Entwicklungsperspektive, die ein so unterschiedlich strukturiertes Land wie Brandenburg benötigt, ist die bisherige Strategie der Wachstumskerne nicht ausreichend. Angesichts der Erfordernisse, die Energiewende mit einem sozial-ökologischen Umbau zu verbinden, greift sie zu kurz. Die mit den lokalen Ansätzen gegebenen Chancen werden bisher kaum in ihrem konzeptionellen Stellenwert für Regionalentwicklung aufgegriffen. Dabei liegen sowohl räumlich wie hinsichtlich der Unternehmensstrukturen hierin Stärken Brandenburgs.

In der energiepolitischen Diskussion, welche ihren besonderen Niederschlag in der „Energiestrategie 2030“ gefunden hat, zeigen sich notwendigerweise die benannten Kompromisse. Folglich wird auf „Zielkonflikte und Interessengegensätze“ in der Strategie hingewiesen und ein offener Umgang mit diesen gefordert. Als markantes Beispiel steht dafür eine sogenannte Überprüfungs Klausel, mit der die Entscheidung über den Kraftwerksneubau Jänschwalde ver tagt und an Bedingungen gebunden ist. Klausel und damit gegebene Möglichkeiten werden sehr unterschiedlich eingeschätzt, die Erwartungen der beiden Ministerien, in deren Händen abwechselnd die Verantwortung für die Umsetzung der Energiestrategie liegen soll, sind ebenso unterschiedlich.

Die Energiestrategie zieht eine Bilanz der bisherigen Entwicklung und stellt angesichts des Ausbaustandes erneuerbarer Energien und sich damit ergebender technischer und technologi scher Probleme grundlegende Fragen, legt dafür Lösungswege fest und vermeidet zu eindeu tige Zielvorgaben. Das ist verantwortungsvoll und politisch durchaus mutig. Zugleich aber – ohne eine ausgewogene Wertung vornehmen zu können – zeigt die Strategie nicht nur einige thematische Auslassungen gerade hinsichtlich lokaler und kommunaler Handlungsfelder. Die erforderlichen Zugeständnisse an laufende Braunkohle-Planungen oder die starke Betonung der nationalen Verantwortung Brandenburgs als Energieexportland und somit als Kohlepro duzent lassen den „schnellstmöglichen Kohleausstieg“ hinter der längerfristigen „Brücken technologie“ verschwinden, die anvisierte Art der Systemintegration favorisiert eher einen zentralen Netzausbau in der Logik der Kohlekraftwerke. Zwar wird gerade auch von der

LINKEN im Vorrang der Erneuerbaren („Modellregion“; „Region der Energiewende“) der wesentliche Unterschied zur „Energiestrategie 2020“ und die Umsetzung der Koalitionsstrategie gesehen, eine so eindeutige Lesart bietet die jetzige Energiestrategie allerdings nicht. Über deren Inhalte und Konsequenzen muss, gerade mit der Perspektive eines sozial-ökologischen Umbaus, der Streit anhalten.

Der Brandenburger Weg zum Ausbau der erneuerbaren Energien hat zugleich Widerstände gegenüber diesen Energien wachsen lassen, markant sind die nahezu 50 registrierten, zum Teil in kommunalen Parlamenten vertretenen Initiativen gegen Windkraftanlagen. Eine wesentliche Ursache ist damit verbunden, dass der Ausbau der Erneuerbaren bisher vor allem externen Inverstoren geschuldet war, die damit für Kommune, für Bürgerinnen und Bürger weder Mitsprache zuließen noch diese an den Erträgen beteiligten, dass große Flächen in Anspruch genommen wurden. Dies wird in der Energiestrategie kritisch herausgestellt, ebenso wie gerade deshalb die strategische Ausrichtung der „Energiestrategie 2030“ gegenüber der von 2008 (Energiestrategie 2020) um einen wichtigen Punkt erweitert wurde, nämlich um „Akzeptanz und Beteiligung“. Für diese Erweiterung hatte sich DIE LINKE besonders eingesetzt. In der Umsetzung wird sich zeigen, ob dies in der Tat mit stärkerer Beteiligung der Bevölkerung verbundenen ist – was eben nur über den Weg dezentraler, kommunaler Projekte und möglichst solcher in Bürgerhand (von Kommunen über Kommunalwirtschaft, Bürgergenossenschaften und Bürgerstiftungen). Akzeptanz also als Kehrseite einer konsequenten Politik der Ermöglichung. Auf die weitere Arbeit mit der Energiestrategie kommt es an. An Absichtserklärungen fehlt es nicht, erste praktische Schritte sind unternommen. Interessanterweise hat das Wirtschaftsministerium jüngst eine (noch nicht vorliegende) Studie zu Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei der Energiewende in Auftrag gegeben.

### *Politische Rahmensetzungen einer dezentralen Energiewende*

Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern ist die Energiewende in Brandenburg seit einigen Jahren auch regional und kommunal stark verankert. In Koalitionsvereinbarung wie in der bisherigen Politik der Koalition spielt die weitere Stärkung von regionalen Ansätzen der Energiewende durchaus eine Rolle. Die „Energiestrategie 2030“ benennt Beispiele, für die weitere Umsetzung wird auf die Stärkung der kommunalen Ebene (Finanzierungskonzepte) verwiesen. Das Wirtschaftsministerium hat mit dem RENplus-Programm aus dem Jahr 2010 die Ausarbeitung von regionalen Energiekonzepten zum Einsatz erneuerbarer Energien und der Erhöhung der Energieeffizienz durch die Planungsregionen angeschoben. Ausdrücklich erhielt in diesem Zusammenhang die „Zukunftsagentur Brandenburg“ (ZAB) größere strategische Verantwortung und wurde dies zu einer Schwerpunktaufgabe der Energieallianz. Besonderen Stellenwert soll ein spezielles Energie-Monitoring bekommen. Inzwischen sind solche Energiekonzepte ausgearbeitet und haben sich viele Kommunen auf den Weg gemacht, für sich kommunale Klimaschutz- und Energiekonzepte zu erstellen. Für diese gibt es landes-

politisch beträchtliche Mittel. Damit sind Rahmenbedingungen für eine dezentrale Energiewende gesetzt.

Einen für den sozialökologischen Umbau und die Energiewende wichtigen Ansatzpunkt stellen die gesetzlichen Festlegungen über die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen und der Kommunalwirtschaft dar. Von zentraler Bedeutung sind das „Gesetz zur weiteren Flexibilisierung von landesrechtlichen Standards in den Kommunen vom 07.07.2012 und vor allem das „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge vom 09.01.2012“. Ersteres zielt darauf, die Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene zu erhöhen, um insbesondere den Herausforderungen des demografischen Wandels vor Ort mit flexiblen und örtlich angepassten Lösungen zu begegnen. Im „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge von 2012 wird im §91 den Gemeinden das Recht zugestanden, sich gerade im Bereich der Energieversorgung wirtschaftlich zu betätigen. Im §91 Absatz 4 heißt es:

„(4) Eine wirtschaftliche Betätigung außerhalb der Versorgung der öffentlichen Gemeinschaft sowie der Nutzung von Einrichtungen beziehungsweise Angeboten in der Gemeinde ist zulässig  
1. Für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme;  
2. im Rahmen von Vereinbarungen oder Konzessionen der betroffenen Gemeinden, Gemeindeverbände oder kommunalen Unternehmen...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I – Nr.1 vom 9. Januar 2012)

Diese gesetzgeberische Initiative, mit der das unbedingte Credo der Vorfahrt privater Wirtschaft gebrochen wurde, hat demzufolge erheblichen Protest erfahren, wurde häufig denunziert (Planwirtschaft, Sozialismus). Es ist aber nicht nur die Umsetzung eines Koalitionsversprechens, sondern in der Tat ein Schritt zu praktischer Teilhabe der Bürger vor Ort.

Eine weitere Initiative stellt die politische Orientierung auf die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land dar. DIE LINKE hatte auf eine solche schon vor ihrer Regierungsverantwortung orientiert. Mit dieser Zielstellung wurde zudem die Einrichtung und Fortführung des „Beirats für Nachhaltige Entwicklung“ unterstützt. Das von der LINKEN verantwortete Umweltministerium hat für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie jüngst eine umfassende und offenbar erfolgreiche Dialogoffensive gestartet. Die Einsetzung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) steht für den – allerdings erst in Ansätzen erfolgreichen – Versuch, die anderen Ressorts zu integrieren und Nachhaltigkeit zu einem Querschnittsthema der Landespolitik zu machen. Das ist bisher nicht gelungen, ein Konsens auch nicht abzusehen. Die Einbeziehung von IMAG und des Beirats für Nachhaltigkeit in die breite öffentliche Dialogstrategie ist bemerkenswert.

Unter Dialoggesichtspunkten kann auch auf die entwicklungspolitischen Runden aus dem ebenfalls in Verantwortung der LINKEN stehenden Wirtschaftsministerium und dessen vielfache kommunale Gesprächsrunden (ca. 250 Bürgerforen) verwiesen werden. Für die Umsetzung der Energiestrategie wurde ein Online-Forum geschaltet. Im Landtag wurden durch die Fraktion energiepolitische Gespräche organisiert. Die Fraktion der LINKEN hat ebenso Aus-

sprachen und aktuelle Fragestunden zur Thematik beantragt und durchgeführt. Insofern hat sie bei der Profilierung der neuen Energiestrategie eine aktive Rolle gespielt.

### *Wichtige Punkte einer Politik der Ermöglichung und ihre Grenzen*

Dies sind einige wichtige Punkte einer Politik der Ermöglichung. Sie lassen sich entsprechend einschätzen und aufgreifen; sozialpolitische Aspekte, die für eine Transformationsfähigkeit von Gesellschaften bedeutsam sind und für linke Gestaltungspolitik stehen, wurden nicht betrachtet. Zugleich ist es mit dem herausgestellten Kompromisscharakter der Landespolitik, mit den offensichtlichen Unterschieden der Koalitionäre und unterschiedlichen strategischen Orientierungen linker Ministerien wenig überraschend, dass auch hinsichtlich einer solchen Politik der Ermöglichung der dezentralen, lokalen Energiewende und mehr noch des sozial-ökologischen Umbaus Grenzen aufzuzeigen sind. Dies muss gerade für ein „Vorreiterland“ wie Brandenburg gemacht werden, ohne billige politische Vorurteile zu bedienen. Neben bereits im Kontext der „Energiestrategie 2030“ aufgeführten Grenzen sind das etwa folgende.

Wenngleich Beteiligung und Akzeptanz zu Schwerpunkten der „Energiestrategie 2030“ erklärt wurden, kam es gerade dahingehend nicht nur zu heftigen – und seitens der Opposition – eher wenig konstruktiven Auseinandersetzungen im Landtag. Es gab neben wichtigen inhaltlichen Kritikpunkten, die vor allem eine zu geringe Berücksichtigung und Unterstützung der Kommunen betrafen, eine sehr starke Kritik von kommunalen Initiativen an den nur schwachen Beteiligungsmöglichkeiten bei der Energiestrategie. So hat der „Städte und Gemeindebund“ in seiner Stellungnahme die Art und Weise der Anhörung wie generell nicht ausreichende Fristsetzungen beklagt. Ebenso haben kommunale Initiativen die Privilegierung der etablierten Lobby kritisiert und auch Politiker der LINKEN betont einzuräumende Beteiligungsdefizite; zudem sei die Erarbeitung der Energiestrategie sozusagen „am grünen Tisch“ und mit der Praxisferne von Verwaltungen erfolgt. Insofern ist zu hoffen, dass die von Minister Christoffers für die Umsetzung der Energiestrategie angemahnte und versprochene Dialogoffensive, für die es gute Voraussetzungen gibt, tatsächlich in einem Beteiligungsprozess umgesetzt wird. Ein solcher könnte zu einer stärkeren Ausrichtung der Strategie auf eine dezentrale Energiewende und den sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau führen. Das wäre dann in der Tat praktizierte demokratische Teilhabe.

Teils kritisch wird die wechselnde Verantwortung zweier Ministerien für die Umsetzung der „Energiestrategie 2030“ gesehen. Dies scheint eher dafür zu sprechen, dass Ressortbefindlichkeiten sich nicht beheben lassen und Spielräume unter dem Banner der nationalen Verantwortung und folglich längerfristig zu steigenden Kohleverstromung eingeengt werden. Aus der Sicht regionaler oder kommunaler Aktivitäten machen sich mangelnde Ressortabstimmungen immer wieder sowohl in fehlender klarer Unterstützung, Beratung deutlich wie in einer überbordenden Verwaltungsbürokratie. Im Zusammenhang mit dem in Brandenburg

durch einen Verein (zum Teil nach dem Vorbild Mecklenburgs) aufgebauten Bioenergiedorfcoaching zeigte sich mehrfach ein solches Unterstützungsdefizit. Einmal gelingt es dem stark kommunal nachgefragten Verein kaum, landespolitische Unterstützung und Aufmerksamkeit zu erreichen, auch nicht mit Hilfe von Landtagsabgeordneten der LINKEN. Von der Forderung im Koalitionsvertrag, einen „Wettbewerb der Bioenergiedörfer“ zu initiieren, bis zum Verständnis der möglichen strategischen Rolle solcher Konzepte bzw. Dörfer gerade für ein Land wie Brandenburg („Land der Regionen“, „Bedingungen der Heimatgestaltung“) scheint es noch ein beträchtlicher Weg zu sein.

In Veranstaltungen, Diskussionen zum Bioenergiedorfcoaching wurden mehrfach Schwierigkeiten bei der Umsetzung der aufgeführten landespolitischen Initiativen betont. Für die aufgeführten kommunalen Energiekonzepte sind solche etwa die Festlegungen auf eine Einwohnerzahl von 10.000 für berechnete Kommunen oder die erforderlichen drei Kostenvoranschläge, welche Kommunen auch finanziell überfordern können. Ebenso werfen die nunmehr zugelassenen wirtschaftlichen Aktivitäten für Kommunen konkrete Umsetzungsfragen auf, die noch nicht geklärt sind. Es ist zwar beachtlich, wie Kommunen hier entsprechend Initiative ergreifen, um Hilfe zu holen bzw. ihre Lösungen so oder so den Vorgaben anzupassen, ein befriedigender Zustand ist das nicht. So wichtig Ansätze wie RENplus sind, die Art und Weise ihrer Einführung kollidiert in einigen Fällen mit schon vorliegenden kommunalen Aktivitäten bzw. starken Ansätzen in den Landkreisen. Auch der rot-roten Koalition ist es bisher nicht ausreichend gelungen, die Schnittstelle bzw. die Interaktion zwischen Landes- und kommunaler Ebene entsprechend strukturell-organisatorisch abzusichern bzw. zu befördern. Dies wurde immer wieder in Debatten zu kommunalen Projekten als eine Brandenburger Besonderheit beklagt. ZAB oder/und Planungsregionen können die Funktion nicht ausfüllen, Beratungssuche wird aus Sicht befragter kommunaler Akteure häufig zu einem Irrweg zwischen diesen Institutionen. Viele der wichtigen Aktivitäten auf kommunaler Ebene vollziehen sich „hinter dem Rücken“ der großen Politik. Das macht ihre Umsetzung schwieriger, zugleich können sie aber wiederum Beispiele geben und Druck ausüben.

Hinsichtlich einer stärker dezentralen, lokalen Energiewende, die Einstieg und Kern des sozialökologischen Umbaus sein könnte, bleiben Positionen und Aktivitäten der LINKEN in Brandenburg widersprüchlich und hinter den Herausforderungen (wie teils den praktischen Ansätzen) zurück. Da ein solcher Umbau ganz entscheidend mit sozialen Fragen verbunden sein muss, könnte oder sollte Die LINKE hier aber ihr Alleinstellungsmerkmal sehen und daraus auch entsprechend symbolisches Kapital ziehen. Im Land Brandenburg gibt es nicht nur viele erfolgreiche Beispiele und Ansatzpunkte für kommunale Energieprojekte, zudem sind Organisationen und Verbände der Zivilgesellschaft in diesem Bereich sehr aktiv. Diese häufig aus der Agenda 21-Bewegung entstandenen intermediären Organisationsformen werden vielfach von linken Landtagsabgeordneten und/oder Kommunalpolitikern aktiv unter-

stützt, agieren aber ganz bewusst überparteilich. Hinsichtlich der interessierenden regionalen, kommunalen Aktivitäten treten etwa der Verein „Brandenburg 21“ mit seiner AG „Lebendige Dörfer“ oder das Kommunalpolitische Forum besonders hervor. In diesen fanden in den vergangenen Jahren mehrere Beratungen zu lokalen Energieprojekten statt. Auch auf der kommunalen Ebene lässt sich kaum eindeutige parteipolitische Dominanz ausmachen, aktive Abgeordnete sprechen sich ausdrücklich für erforderliche Unabhängigkeit kommunaler Initiativen aus. Nicht überraschend sind es immer wieder besondere personelle Konstellationen, denen solche Initiativen zu verdanken sind. Dass sie zumeist größere Aufmerksamkeit und auch Unterstützung in einem Umfeld von LINKEN, SPD und auch GRÜNEN finden, als in einem solchen von CDU oder FDP, ist dennoch festzuhalten und zeigt strategische Potenziale solcher lokalen und dezentralen Aktivitäten für einen gesellschaftlichen Umbau. Allerdings gilt hinsichtlich einer parteipolitischen Zuordnung keine Ausschließlichkeit.

Es gibt in Brandenburg eine Fülle von Projekten oder Beispielen, auf die hinzuweisen wäre. Neben Energie- und Klimaschutzkonzepten auf regionaler Ebene (in 12 von 14 Flächenkreisen) stehen gleichsam flächendeckend kommunale Konzepte. Ein markantes Beispiel sind etwa die vielen Stadtwerke, die in Brandenburg trotz der Privatisierungswellen Anfang der 1990er Jahre zum Teil in kommunalem Besitz geblieben, oder aktuell mit Rekommunalisierungen verbunden sind. Dies geschieht zwar in einem sehr breiten und unterschiedlichen Spektrum, mit verschiedenen Beteiligungen und Eigentümerstrukturen. Der Weg ist zudem nicht unbedingt mit einer stärkeren Nutzung von erneuerbaren Energien verbunden – etwa im Fall einer nur schwer zu durchbrechenden Abhängigkeit von Vattenfall –, eröffnet aber dahingehend starke Möglichkeiten und wird vielfach mit dieser Intention umgesetzt. So werden auch Stadtwerke zu Ansätzen für städtische Energiekonzepte und Kern einer starken Kommunalwirtschaft (etwa in Prenzlau oder Bernau). Sie stellen bewusst ihre lokalen Profile heraus (Bernaustrom; Spreewaldstrom).

Brandenburger Städte haben sich an Wettbewerben im Bereich erneuerbarer Energien beteiligt und an Energieeffizienzprojekten im städtebaulichen Bereich. Städte haben sich im Netzwerk Energieeffiziente Stadt und Klimaschutz zusammengeschlossen, in der Initiative Spreewalddreieck oder in Modellvorhaben Energetischer Stadterneuerung. Märkisch-Oderland gilt ebenso wie Ludwigsfelde als Bioenergieregion. Aufgeführt wurden schon die bundesweit sichtbaren Vorreiterregionen im Land; jüngst hat sich Teltow-Fläming zu „100 % erneuerbar“ erklärt. Schließlich gibt es bemerkenswerte Einzelinitiativen und technologische Durchbrüche wie etwa das Hybridkraftwerk in der Nähe von Prenzlau (Stadt der erneuerbaren Energien), Energieprojekte in den bedrohten „Kohleorten“ Schenkendöbern oder Proschim, kommunale Windparks etc. Das Land orientiert berechtigt auf Forschung und Technologieentwicklung (etwa hinsichtlich Speichermöglichkeiten), für welche es beträchtliche Potenziale besitzt.

Einige solcher Projekte sind als praktische Beispiele für einen sozialökologischen und solidarisches Gesellschaftsumbau anzusehen. Bei lokalen Ansätzen und vielen Dorfprojekten greift das über den Energiebereich hinaus – in Regionalwirtschaft, lokale Kreisläufe, Ansätze der Sozialwirtschaft oder Kulturprojekte. Genossenschaften oder Bürgerstiftungen sind demgegenüber eher noch eine Minderheit; es gibt aber auch hier starke Initiativen. Vielfach sind die Weichen für eine dezentrale Energiewende gestellt, politische Unterstützung müsste genau dort stärker Akzente setzen zu ökonomischer Machbarkeit und sozialer wie ökologischer Ausrichtung: Beteiligung der lokalen Einwohnerschaft an Entscheidungen, Umsetzungen und Erträgen, Stärkung der lokalen Demokratie und des sozialen Zusammenhalts. Für das Gelingen der Energiewende, für die berechtigt betonte Frage ihrer Akzeptanz ist diese Weichenstellung entscheidend. Ein „Brandenburg der Regionen“ kann so in der Tat seine Stärken in sehr verschiedenartigen Entwicklungsansätzen suchen – zentral wie dezentral, in der Nähe Berlins wie in der ländlichen Peripherie. Aus der Fülle von möglichen Beispielen stehen die nachfolgend aufgeführten.

### *Feldheim – ein Pionier mit Ausstrahlung*

Feldheim, ein Ortsteil der Stadt Treuenbrietzen, stand bereits in unserer Studie 2011 als markantes Beispiel für ein Bioenergiedorf in Brandenburg. Feldheim war 2010 der erste Ort in Brandenburg, der sich vollständig mit Strom und Wasser aus Erneuerbaren versorgen konnte. Der Ort ist zwar kein absoluter Einzelfall mehr, dennoch ist in Brandenburg für Bioenergiedörfer – ganz im Unterschied etwa zu Mecklenburg mit einer institutionalisierten breiten Bewegung – erst von einem Beginn des Prozesses zu sprechen. Denn es geht bei solchen Dörfern eben nicht um einzelne Anlagen bzw. Projekte, sondern um sehr komplexe Umsetzungen, bei denen die erneuerbaren Energien zum Katalysator lokaler Gestaltungsprozesse werden. Protagonisten sehen etwa in Mecklenburg Bioenergiedörfer als „soziale Bewegung“. Gerade deshalb ist es unerlässlich, auf Feldheim noch einmal hinzuweisen, denn über seinen eigenen Fall als komplexestes und am weitesten voran getriebenes Beispiel für ein Bioenergiedorf ist Feldheim mittlerweile ein wichtiger Bezugspunkt oder Lernort für verschiedenste kommunale Initiativen. Der „Weg nach Feldheim“ ist sozusagen für jeden Aktivist\*in Pflicht, der Ort ist darüber hinaus ein internationaler Exportschlager. Ausdrücklich Beachtung verdient die von Feldheim mit initiierte und getragene Unterstützung zu einem europäischen Zusammenschluss von Bioenergiedörfern zu einem „Europäischen Netzwerk autarker Energieorte“, um so eben auf dieser Ebene Lobbyarbeit machen zu können. Denn im Land wie in der EU seien Förderbedingungen – so in einem Vor-Ort-Gespräch –, strukturell-organisatorische Gegebenheiten (Netze) noch stark auf das bisherige zentrale Versorgungssystem ausgerichtet – Spielräume müssen erstritten werden! Es geht nicht um Verabsolutierung von Autarkie oder Dezentralität, aber Feldheim zeigt sowohl Machbarkeit wie Stellenwert eines solchen Pfades im Sinn von Selbstermächtigung, demokratischer Mitwirkung und sozialer Teilhabe.

Auch in Feldheim waren es besondere und günstige Gelegenheiten und war es eine kleine Gruppe von regionalen Akteuren – vom Windanlagenbauer über die Ortsvorsteherin, einen neuen Vorsitzenden der Agrargenossenschaft und vor allem der Bürgermeister der Stadt Treuenbrietzen –, mit denen sich die Entwicklung von einem singulären Windkraftstandort Mitte der 1990er Jahre zum komplexen Bioenergiedorf seit 2006 verband. Die umgesetzten technologischen Lösungen führen zu einer deutlich über den Bedarf hinausgehenden Erzeugung erneuerbarer Energien. Die Kombination der unterschiedlichen Energiearten und ein separater Speicher gewährleisten Versorgungssicherheit. Die Kombination der verschiedenen Erzeugungen – Wind, Biomasse, Holzhack und Solarmodule – ermöglicht ausreichende Energieerzeugung ohne die häufig beklagten markanten Nebenfolgen großer Wind- oder Biogasanlagen. Eine vom Windkraftbetreiber errichtete Solarfabrik nutzt die eigenerzeugte Energie und schafft Arbeitsplätze. Die ausschlaggebende Motivation, einen eigenen lokalen Wirtschaftskreislauf zu schaffen, wurde Wirklichkeit. Vor allem aber hat Feldheim mit dem erforderlichen Aufbau eines eigenen Energieversorgungsnetzes die logistische, finanzielle Unabhängigkeit vom großen Energieversorger erreicht und auch das (nicht nur für den Bürgermeister) hauptsächliche Ziel: der Kommune durch den Zufluss von finanziellen Mitteln wieder Handlungsfähigkeit zu geben. Die Energiepreise liegen schon heute unter denen der Großanbieter und sie können stabil bleiben. Dies ist zugleich mit einem zweiten wichtigen und für dieses Projekt zentralen Schritt verbunden, dem der Bildung einer Genossenschaft, an der sich die Feldheimer, die Gemeinde und der Investor beteiligten. Diese Genossenschaft basiert auf einem starken und funktionierenden Beteiligungsmodell, was zu einer sichtbaren Integration der Einwohnerschaft führt. Zwar ist die Beteiligung rechtlich bisher nur den Hauseigentümern möglich, wodurch es in einzelnen Häusern zu absurden Doppelanschlüssen kommt, dennoch ist dieses Genossenschaftsmodell ein wirkungsvoller Schritt zu kommunaler Energiedemokratie. Dabei muss es nicht um vollständige Autarkie gehen, aber um die notwendige und so eben mögliche Verantwortungsübernahme im eigenen Ort.

### *Uebigau-Wahrenbrück – erneuerbar in der Kohleregion*

Die Stadt Uebigau-Wahrenbrück im Landkreis Elbe-Elster steht im Vergleich zu Feldheim noch am Anfang der komplexen Umsetzung einer eigenständigen Energiestrategie, weist aber schon beachtliche Ansatzpunkte auf und stellt ein markantes Beispiel dar in einer Region Brandenburgs, die traditionell durch die Braunkohle geprägt wurde und in der auch heute noch Kohleabbau und -verstromung starke Unterstützung erfahren. Vor allem das Konstrukt der „Energierregion Lausitz-Spreewald“ in Form einer GmbH wird von Politikern der LINKEN kritisiert. Es ist aber nicht nur die Rechtsform, die Beteiligung ausschließt, vielmehr ist bisher in den Entscheidungsgremien der Einfluss der Kohlelobby offensichtlich und institutionalisiert. Umso wichtiger sind die durchaus beachtenswerten kommunalen Aktivitäten (Kon-

zeptentwicklungen) wie vor allem die noch seltenen (etwa Schipkau oder Schenkendöbern), praktischen kommunalen Beispiele zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Der Anlass für die Initiative war ein Bundeswettbewerb 2007, an dem sich die Energieregion mit dem Aufruf „Die Lausitz sucht den Zukunftsort“ beteiligt hatte. Uebigau-Wahrenbrück gehörte zu den vier ausgewählten Orten, die über zwei Jahre Förderung und Unterstützung erhielten. Dies führte, wie der Bürgermeister der Stadt betonte, zu einer „Euphorie möglicher Weltveränderung“ und zu enthusiastischen Lern- und Suchprozessen (von Güssing bis Feldheim). Diese Euphorie sei nunmehr allerdings – angesichts einer zu kurz bemessenen, nicht verlängerten Einstiegsförderung und insgesamt schwacher Unterstützung – weg. Was nicht heißt, Projekt und Initiative abzubrechen, sondern noch stärker eben auf das Eigene zu schauen. Markant an diesem Beispiel ist die herausfordernde und vielleicht nicht unproblematische Breite des Umsetzungskonzeptes, zumal es bisher eher von einem sehr kleinen Netzwerk von Enthusiasten aktiv getragen wird. Zu dem Konzept gehören Bildungs- und Informationsaktivitäten, die ebenso Schülerinnen und Schüler aktiv einbeziehen „Vom Kleinkind bis zu Senioren!“ wie sie der Einwohnerschaft das erforderliche Fachwissen vermitteln sollen, konkrete Umsetzungen wie Photovoltaikanlagen auf dem technischen Denkmal der Brikettfabrik oder der Schule, die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten in allen 21 Ortsteilen und die Nutzung von einzelnen weiteren Projekten für das übergreifende Ziel, die Energieversorgung wieder in die eigene Hand zu bekommen: „Aus eigener Kraft. Ressourcen der Region zum eigenen Vorteil nutzen“ (Flyer 2012). Schrittweise konnte die Stadtverordnetenversammlung überzeugt werden, die Vorbehalte waren für den Bürgermeister in seiner Partei (CDU) stärker als bei der LINKEN, insgesamt jedenfalls habe man was geschafft. „Wir sind wieder Energiestandort!“ Symbolisch wird ausdrücklich an die lange Tradition vor Ort mit Europas ältester Brikettfabrik – nunmehr Standort und Bildungseinrichtung für erneuerbare Energien – angeschlossen.

Immer wieder ist die aktive Einbeziehung von Einzelnen in die Umsetzungsaktivitäten, mit der Akzeptanz und Ausstrahlung gewonnen werden können, bemerkenswert: Bisherige Gegner werden so zum Teil zu Multiplikatoren, Protagonisten. Beteiligung heißt in der Stadt sowohl Einbeziehung der lokalen Zivilgesellschaft wie vor allem auch die von lokalen Unternehmen, welche eine wichtige Rolle spielen. In der Hinsicht ist die Gründung einer Energiegenossenschaft, die sich zunächst um ein Nahwärmenetz kümmert, in zwei Ortsteilen – mit einer beachtlichen Beteiligung von jungen Leuten – herauszuheben. Dann wird unter aktiver Einbeziehung des externen Windparkbetreibers eine Bürgerstiftung gegründet, die eine Bürgerwindanlage betreiben wird. Schließlich sind es in der Kommune ansässige Unternehmen wie etwa die UESA (mit aktuell bereits über 20 % Wertschöpfung im Bereich der Erneuerbaren), die sich mit in die Initiative einspannen. So sind etwa die Verbindungen von Energiemesse und Tag des offenen Unternehmens enorm wirksame Veranstaltungen, die in Uebigau-

Wahrenbrück jährlich stattfinden. Mit den Nachbarstädten will man künftig kooperieren, um gemeinsam einen Schwerpunkt in Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien zu legen, aufgebaut werden soll ein gemeinsames Gemeindewerk. Andere Projekte zu Klimaschutz oder dem Aufbau von Re-Produktionsketten in Wasser- und Energie-Infrastruktur werden ebenso eingebaut, um so regionale Wertschöpfung und bessere regionale Daseinsvorsorge zu erreichen. Auch hier wird Energiewende also verstanden als praktische Grundlage für ein regionales Entwicklungsprojekt, an dem lokale Wirtschaft, Bürgerschaft und Politik mitwirken. Mit Recht wurde die Stadt jüngst für eine Beispielpräsentation auf einem regionalen Workshop zum Biodorfcoaching, den die Landtagsabgeordnete der LINKEN unterstützt hatte, ausgewählt.

### *Barnim – regional und lokal*

Die Landtagsabgeordneten gerade auch der LINKEN spielen ebenso eine aktive Rolle in einem dritten Beispiel, welches insbesondere die gelungene Verbindung von kommunalen Initiativen und solchen auf der Ebene von Landkreisen zeigt. Auf die Verbreitung erneuerbarer Energien in vielen der Brandenburger Regionen (gerade auch im Norden des Landes) wurde schon hingewiesen. Für die hier als Beispiel aufgegriffene Initiative kann die aktive und starke Rolle linker Kommunalpolitik angeführt werden. Andererseits schlägt sich in dem Fall die für Brandenburg häufig konstatierte besondere Macht der Landräte positiv nieder. Der SPD-Landrat ist einer der treibenden Köpfe von „Erneuer:Bar“.

Schon seit Jahren gehört der Landkreis Barnim (zunächst und kurzzeitig in Kooperation mit der Uckermark) zu den Gebieten mit einer Vielzahl von überzeugenden Ansätzen zur Umsetzung der erneuerbaren Energien. Begonnen wurde etwa 2002. Hohe energiepolitische Zielsetzungen gehen zusammen mit angestrebten Beschäftigungseffekten. Die Null-Emissionsstrategie wird als Chance genutzt, Unternehmen, Kommunen und Forschung um solche Projekte zu gruppieren. Installiert sind ein Energiepark wie ein dezentrales Energiemanagementsystem für Gewerbetreibende. Fachhochschule, andere wissenschaftliche Einrichtungen, lokale Unternehmen und Gesellschaften engagieren sich, einen großen Stellenwert haben im Landkreis zudem vielfältige Bildungs- und Informationsaktivitäten, Energiechecks etc. Eingerichtet wurde ein Regionalbüro, der Landkreis stellt jährlich finanzielle Mittel im Umfang von 100.000 Euro zur Verfügung.

Durch das Biosphärenreservat bestehen große Chancen, Klimaschutz, ökologische Land- und Forstwirtschaft und Energiewende noch besser zu verbinden. Der Vorschlag des Landtagsabgeordneten der LINKEN, Dr. Michael Luthardt, dies zu einer Grundlage von „Modelllandschaften“ zu machen und entsprechend künftig strategisch Fördermittel zu bündeln, hat vor allem auch in den starken kommunalen Aktivitäten seine Grundlage. Viele der Projekte zeigen das geschickte Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Für diese Region ist zu verweisen auf eine große Anzahl von Dorftwicklungskonzepten, die mit intensiven Beteiligungsprozessen zu lebendiger kommunaler Demokratie wurden (etwa Chorin), auf Genossenschaften (Stolzenhagen) und Dorfprojekte (Brodowin), die sich ausdrücklich und erfolgreich sozialer Verantwortung stellen. Geringe Arbeitslosigkeit und nachhaltiges Wirtschaften gehen in vielen Fällen zusammen, ökologische Landwirtschaft und Energiewende werden in unterschiedlichen Konstellationen zusammengebracht. Generell können kleine und mittlere Unternehmen oder lokales Handwerk Träger wie Nutznießer der Energiewende werden. Gefunden haben sich wirkungsvolle personelle Allianzen von einheimischen und zugewanderten Akteuren, die so auch erforderliche kulturelle Brücken schlagen, statt Blockadehaltungen zu provozieren. Das Problem vieler dieser erfolgreichen Dorfprojekte ist, dass ihnen immer wieder Unterstützung und Ansprechpartner seitens der Landespolitik (oder eben beauftragter kompetenter Stellen) fehlen. Das „klassische“ Dilemma eines Bioenergiedorfes ist eben eine dreifache ministerielle Zuständigkeit – Landwirtschaft, Energie (Wirtschaft) und Umwelt –, die eher zu einer Be-, denn einer Entlastung werden kann. Umso wichtiger ist, dass mit solchen Entwicklungsprojekten die lokale Selbstorganisation eine ersichtliche Stärkung erfährt. Und nicht zu verstehen ist für die linken Protagonisten vor Ort, weshalb bisher auch in der LINKEN solche dörflichen Aktivitäten eher stiefmütterlich behandelt werden.

Im Barnim sind es, wie vielfach in anderen Brandenburger Regionen, die kleinen und mittleren Städte, die zu Promotoren der Energiewende geworden sind. Der Landkreis bezieht alle 10 Kommunen aktiv in seine Energiestrategie ein. In vielen der Kommunen lässt sich dabei eine starke Präsenz linker Kommunalpolitik herausstellen. Drei Beispiele:

Für Bernau (ca. 36.600 Einwohner) ist bei 131 Solaranlagen auch auf die an öffentlichen Gebäuden hinzuweisen (Schulen, Kitas), ein Solarschiff dient als Bildungsstandort. Hohen Stellenwert hat die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, auf das Stadtwerk wurde schon verwiesen.

Die Stadt Eberswalde (ca. 42.000 Einwohner) hat den höchsten Anteil erneuerbaren Stroms, könnte 250 % der Haushalte so versorgen. 999 Solaranlagen, davon eine Bürgersolaranlage auf dem Rathaus – das energieeffizienteste Verwaltungsgebäude Deutschlands! Die O-Busflotte (mit Möglichkeiten der Energiespeicherung) und andere Innovationen wären anzuführen. Betrieben wird ein Beratungszentrum für erneuerbare Energien, und künftig soll eine stillgelegte Deponie zu einem Energiepark werden.

Für Wandlitz (ca. 21.500 Einwohner) wird gegenwärtig ein kommunales Energiekonzept erarbeitet. Die Stadt könnte bisher über 80 % des privaten Stroms über Erneuerbare erzeugen. Ein aktiver Bürgerverein (wandlitzerneuerbar) hat bisher zwei Bürgersolaranlagen aufgebaut (auf einer Turnhalle, dem Schützenhaus). – So oder so stellen Beteiligung und lokale Demo-

kratie gewichtige Eckpunkte dar, kommunale Politik und Bürgerschaft agieren nicht konfliktfrei, aber gemeinsam mit dem Ziel der Durchsetzung der Energiewende.

### *Fazit Brandenburg*

Die aufgeführten lokalen, kommunalen Beispiele sind nur markante Ausschnitte aus einer ganzen Breite. Sie stehen jeweils über den einzelnen Fall hinaus. Brandenburg hatte vor Jahren in der Landesplanung das „Gegenstromprinzip“ verankert. Egal, wie es um seine Durchsetzung bestellt war – die Orientierung auf den Rückfluss von kommunalen Aktivitäten auf die Landesebene muss unterstrichen werden. Die aufgezeigten kommunalen Aktivitäten haben über die Energiewende hinaus ihren Stellenwert für den sozialökologischen Umbau. In ihnen kann so ein beachtlicher Gegenstrom gesehen werden. Sie sind zugleich ein gewichtiges praktisches Argument für eine offensive Brandenburger Regionalpolitik, wie sie etwa mit dem bisherigen Leitbild der LINKEN konzipiert worden ist. Dass an solchen lokalen Projekten eine aktive Beteiligung von linken Aktivisten, von Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politikern auszumachen ist, bleibt für Selbst- und Fremdbild der LINKEN in Brandenburg festzuhalten und stellt ein gewichtiges Potenzial dar, um auch innerhalb der LINKEN die Zeichen noch stärker hin auf den sozialökologischen Umbau zu verschieben – sozusagen als „parteiinternes Gegenstromprinzip“. Zugleich geht die Beteiligung aber weit darüber hinaus, bringt gelegentlich die „abenteuerlichsten“ Koalitionen hervor und sehr unterschiedliche, offene politische und soziale Konstellationen. Ebenso unterschiedlich, offen sind sie hinsichtlich der Konsequenz, mit der vor Ort ein sozial-ökologischer, solidarischer Umbau gelingt oder angestrebt wird. Schwierigkeiten sind nicht zu übersehen, wichtig bleibt eine starke „Politik der Ermöglichung“. Die Potenziale für solche Energiewende im Land sind beachtlich.

Dennoch zeigen sich auch in dem Beispielland Brandenburg Schwächen und durchaus auch Gefährdungen einer konsequenten Energiewende und des sozialökologischen Umbaus, die sich nicht auf beträchtliche Schwierigkeiten und gewiss häufig unterschätzte Probleme einer weit fortgeschrittenen Energiewende beschränken. DIE LINKE ist in der Koalition mit einem stärkeren Partner, der gewichtigen Aspekten der Energiewende deutlich reserviert gegenübersteht und angesichts innerer Zerrissenheit in einer sehr schwierigen Lage. Einerseits muss man ihre beachtlichen Erfolge in der Koalitionsarbeit festhalten – mit diesen hat Brandenburg zweifellos eine sozialere Färbung bekommen –; sie sprechen deutlich für Politik und Koalition. Andererseits ist das zentrale Zukunftsprojekt eines sozialökologischen Umbaus, für welches es in Brandenburg starke Ansätze und Voraussetzungen gibt, zu wenig aufgenommen und Element politischer Gestaltung. Einige solcher Begrenzungen muss man konstatieren, sie beschädigen nicht den Stellenwert einer solchen rot-roten Koalition. Andere sollten stärker und offensiver Streit- und Auseinandersetzungspunkt innerhalb der LINKEN werden. Zunächst einmal braucht man die Überzeugung für das linke Umbauprojekt, dann lassen sich Kompromisse anders aushandeln, justieren. Weder geht es bloß um den Zeitpunkt des Kohle-

ausstiegs noch um die technischen Fragen des Netzausbaus – es geht um ein anderes Gesellschaftsmodell. Die LINKE befindet sich noch immer in einem längerfristigen Lernprozess, der sich zugleich mit harten und offenen Gestaltungsherausforderungen trifft. Mit der schwierigen Ausgangslage für Energiepolitik in einem Land wie Brandenburg mussten die Erwartungen zurückgeschraubt werden. Dies darf aber nicht das letzte Wort sein.

### **II.3. Thüringen – Opposition setzt Akzente!**

#### **Leitende Perspektive**

Das Bundesland Thüringen gehört ebenso wie Brandenburg zu den Vorreitern bei erneuerbaren Energien mit großen Ausbaupotentialen. Anders als Brandenburg hatte Thüringen nie ein Atomkraftwerk und es befinden sich auch keine Braunkohlentagebaue und -kraftwerke auf dem Territorium des Landes. Thüringen importiert Energie und ist abhängig von Netzbetreibern. Daher spielt im Parteienwettbewerb die Art und Weise der Gestaltung der Energiewende eine zentrale Rolle: Tempo; Modus (zentral – dezentral bzw. zentral und dezentral? Wer sind die zu favorisierenden und zu unterstützenden Träger? Soziale Dimensionen der Energiewende; Beeinflussung der Rahmenbedingungen.) Die LINKE in TH verfügt über ein starkes strategisches Konzept für den sozialökologischen Umbau (Masterplan für eine Energiewende in TH (2009) und „Energiewende statt grüner Kapitalismus. Thüringen sozialökologisch erneuern...“ (2011). Für dieses Konzept engagieren sich maßgebliche Politiker der Fraktion. Zwar ist die CDU seit 1990 im Lande stärkste politische Kraft, doch bestand bei der jüngsten Landtagswahl (2009) auch in Thüringen die Chance zur Bildung einer rot-roten Koalition – unter Führung der LINKEN –, die aber von der SPD ausgeschlagen wurde. Zudem ist die Linke in keinem anderen Bundesland so stark kommunal verankert wie in Thüringen. Aus dieser Konstellation ergibt sich die Spezifik und Eingrenzung der Fragestellung: Kann die LINKE als starke Opposition Rahmenbedingungen in Richtung eines sozialökologischen Umbaus beeinflussen und praktische Einstiegsfelder besetzen und vorantreiben?

#### ***Ergebnisse der Parteien bei jüngster Landtagswahl und kommunale Verankerung der Parteien in Thüringen***

Die LINKE wurde zur (nach Wählerstimmen) zweitstärksten Partei im Freistaat. In Thüringen gehören ca. 6.360 (2010) Personen der Partei DIE LINKE an. Wie in Brandenburg ist die LINKE in (fast) allen sozialen Gruppen und Milieus durch Mitglieder oder/und Sympathisanten vertreten. Sehr stark ist die LINKE in der Altersgruppe 60plus mit Mitgliedern präsent; in allen Altersgruppen unter 60 Jahren ist die LINKE hingegen schwach bzw. weitaus schwächer. Auf der Landkarte Thüringens gibt es für die LINKE weiße Flecke, so unter anderem im Landkreis Schmalkalden-Meiningen in Oberhof, wo sie einst stark war. Wenn die LINKE als Mitgliederpartei Bestand haben will, muss die Mitgliedergewinnung hohe Priorität genießen.

Parteien im Landtag/	Wahlergebnisse bei je jüngster LT-Wahl (2009)	Sitze	Wer regiert?	Kommunale Ver- ankerung <sup>4</sup>
CDU	31,2%	30 von 88	CDU/SPD	CDU- stärkste kom- munalpolitische Kraft <sup>5</sup> 9 von 17 Landräten; 1 OB; 36 ha. Bürger- meister
LINKE	27,4%	27-1 (Wechsel zu SPD)		3 Landräte; 1 OB; 9 ha. Bürgermeister; 3 weitere Wahlbeamte; 58 ehrenamtliche Amtsträger
SPD	18,5%	18+1		3 Landräte, 3 OB; 21 ha. Bürgermeister
FDP	7,6%	7		Nicht ausgezählt
Grüne	6,2%	6		Nicht ausgezählt

In den Blick rücken auch und nicht zuletzt parteilose Personen, die für die LINKE kandidierten und kein Mandat erringen konnten. Chancen der Gewinnung von Mitgliedern gerade auch unter den jüngeren Altersgruppen bestehen in Kommunen, in denen die LINKE initiativ- und einflussreiche Funktionsträger stellt.

#### *Eine mögliche rot-rote Koalition wird 2009 von der SPD ausgeschlagen*

Nach den jüngsten Landtagswahlen (2009) entschied sich die SPD in TH nach internen Auseinandersetzungen deutlich für eine Koalition mit der CDU. Mit dieser Entscheidung gewann die vom Wähler mit einem weit geringeren Mandat bedachte SPD in TH eine starke Verhandlungsmacht gegenüber der CDU bei den Koalitionsverhandlungen und konnte ihre formulierten Ziele weitgehend durchsetzen. Die Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD von 2009-2014 für Thüringen trägt die Überschrift: „Starkes Thüringen — innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen“. Die Vereinbarung wurde unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie mit Blick auf das Auslaufen des Solidarpaktes II geschlossen. Die Koalitionäre setzen auf „Wachstum“ im herkömmlichen Sinne, zeigen sich unbeeindruckt vom Diskurs über Grenzen des Wachstums, mehrfach ist von „Wachstumstreibern“ die Rede. In der Präambel wird fixiert, was die Koalitionäre unter „Thüringen nachhaltig“ verstehen:

„Thüringen nachhaltig: Wir wollen Thüringen zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstandort zukunftsorientierter Industrien und Dienstleistungen machen. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss, die Wirtschafts-, Technologie- und Innovationspolitik integriert. Wir wollen Vorreiter für eine nachhaltige Energiepolitik und Naturnutzung, Land- und Forstwirtschaft werden. Nachhaltigkeit schließt für uns Generationengerechtigkeit ein. Deshalb setzen wir Schranken gegen ausufernde Haushalte und wollen auf Dauer ohne neue Schulden auskommen.“ ([http://spdnet.sozi.info/thueringen/dl/Koalitionsvereinbarung\\_SPD\\_CDU\\_Thueringen\\_2009.pdf](http://spdnet.sozi.info/thueringen/dl/Koalitionsvereinbarung_SPD_CDU_Thueringen_2009.pdf): 4 [Zugriff: 08.05.2012])

<sup>4</sup> Für Links im Amt. Amtsträger und Amtsträgerinnen der Partei DIE LINKE in kommunalen Verwaltungen unter <http://www.die-linke.de/politik/kommunal/fuerlinksimamt/> (Zugriff 27.05.2012).

<sup>5</sup> Wahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister 2012 TH (nicht einbezogen: parteilose Kandidaten, Einzelbewerber und Freie Wähler, Feuerwehr etc.)

Der Koalitionsvertrag (65 Seiten) enthält eine Reihe von Ansätzen in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus. Das betrifft vor allem, aber nicht nur den Ausbau erneuerbarer Energien. Dazu heißt es u.a.:

- CDU und SPD werden ein Leitbild „Energiewelt Thüringen/Grüner Motor Deutschlands 2020“ entwickeln. Dazu wird ein Energiekonzept für Thüringen erstellt. Bisherige Vorarbeiten werden genutzt. Dabei wird auch die Energie- und Klimastrategie Thüringen 2015 berücksichtigt.
- Die Koalitionspartner werden aufbauend auf dem bisherigen hohen Stand eine gemeinsame Strategie zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in Thüringen erarbeiten. Die Nutzung der erneuerbaren Energien soll in Thüringen auch in Zukunft signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegen. CDU und SPD streben in Thüringen einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer Energie an der Stromproduktion und -nutzung bis 2020 an.“

( [http://spdnet.sozi.info/thueringen/dl/Koalitionsvereinbarung\\_SPD\\_CDU\\_Thueringen\\_2009.pdf](http://spdnet.sozi.info/thueringen/dl/Koalitionsvereinbarung_SPD_CDU_Thueringen_2009.pdf): 14 [Zugriff 08.05.2012].

Während die regierende Koalition energiepolitisch auf das Jahr 2020 blickt, ist das Konzept der LINKEN auf 2040 ausgelegt. Innerhalb der Koalition ist das Bekenntnis zum Ausbau erneuerbarer Energien und der Willen zur Energiewende bei der SPD stärker als bei der CDU. Doch auch in der SPD gibt es neben Enthusiasten wie Machnig Skeptiker und Abwartende.

*Landrats-, OB- und Bürgermeisterwahlen 2012: rot-rot-grüne Absprachen; die Lektion von Erfurt*  
Im Vergleich mit dem Wahljahr 2009 ist der Wähler-oder/ und in Umfragen attestierte Zuspruch zur LINKEN in TH – anders als in HB und BB – nur leicht rückläufig (LT-Wahl 2009 27%; Umfrage Ende 2011: 25%). Bei den Landrats-, OB- und Bürgermeisterwahlen 2012 konnte die LINKE in Thüringen ihre kommunalpolitische Position halten und qualitativ in bedeutendem Maße ausbauen. Sie stellt in drei Landkreisen die Landräte und gewann in Eisenach die Stichwahlen zum Oberbürgermeisterin. Für die Stichwahlen gab es ähnlich wie 2006 Absprachen mit der SPD.

„Zwar rutschte DIE LINKE verglichen mit der Kommunalwahl von 2006 von 17,8 auf 15,3 Prozent der Gesamtstimmen, kann sich aber trotzdem zu Recht als Gewinner fühlen. Nicht nur, weil CDU und SPD noch größere Verluste hinnehmen mussten, sondern auch, weil es bei einer Bürgermeister- und Landratswahl weniger auf die Gesamtzahl der Stimmen ankommt, sondern auf die tatsächlich errungenen Ämter“ (Thomas Holzmann: Stichwahl am 6. Mai – Demokratie braucht Beteiligung 02.05.2012 unter [http://www.thueringenlinks.de/nc/thueringen\\_links\\_aktuelles/detail/zurueck/linkes-thueringen-exklusiv-neu/artikel/stichwahl-am-6-mai-demokratie-braucht-beteiligung/](http://www.thueringenlinks.de/nc/thueringen_links_aktuelles/detail/zurueck/linkes-thueringen-exklusiv-neu/artikel/stichwahl-am-6-mai-demokratie-braucht-beteiligung/) (Zugriff 30.05.2012).

In die Oberbürgermeisterwahl in Erfurt 2012 ging die LINKE mit einem relativ neuen Kandidaten und einem innovativen Konzept für einen „fahrscheinfreien ÖPNV“ sowie gegen weitere Mietsteigerungen. Dennoch hat die LINKE in Erfurt ihr Potential – bei den Oberbürgermeisterwahlen von 2006 in Erfurt entfielen auf den Kandidaten der LINKEN noch rund 21% – mit rund 10% der Stimmen für ihren Vorschlag bei weitem nicht ausschöpfen können. (Es gewann der Amtsinhaber von der SPD Bausewein mit einem haushohen Vorsprung vor allen anderen im ersten Wahlgang). Es bedarf offenbar einiger Zeit, um vergleichsweise neue Kandidaten und gesetzte politische Schwerpunkte bekannt zu machen. In Thüringen gibt es größere Schnittmengen zwischen der LINKEN und den Grünen sowie der SPD. Doch insgesamt

blieb die CDU bei den Landrats-, OB- und Bürgermeisterwahlen 2012 thüringenweit stärkste kommunalpolitische Kraft, wenn auch mit Abstrichen und nicht mehr in allen Regionen.

#### Übersicht 1: Ergebnisse der Landrats-, OB- und Bürgermeisterwahlen in TH 2012 nach Parteien und im Vergleich zu 2006

##### Landkreise und kreisfreie Städte

- CDU: 33,8 % (2006: 41,4 %)
- Linke: 15,3 % (2006: 17,8 %)
- SPD: 23,8 % (2006: 25,7 %)
- FDP: 1,1 % (2006: 1,3 %)
- Grüne: 3,0 % (2006: 1,2 %)
- Sonstige 23,0 % (2006: 12,5 %)

##### Kreisangehörige Städte und Gemeinden

- CDU: 27,2 % (2006: 28,2 %)
- Linke: 10,0 % (2006: 7,4 %)
- SPD: 21,5 % (2006: 21,2 %)
- FDP: 2,5 % (2006: 4,6 %)
- GRÜNE: 1,2 % (2006: 0,2 %)
- Sonstige: 37,6 % (2006: 38,4 %)

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlen\\_in\\_Th%C3%BCringen\\_2012](http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlen_in_Th%C3%BCringen_2012) (Zugriff 30.05.2012)

Mit Blick auf die Bedeutung der kommunalen Ebene für den sozialökologischen Umbau und die Energiewende verdient in der **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** der hohe Anteil der Sonstigen Beachtung. In der Regel handelt es sich dabei um Stimmen, die auf Einzelbewerber, Wählergemeinschaften usw. entfallen, die pro forma oder auch tatsächlich außerhalb und unabhängig von Parteien angetreten sind.

#### *Die LINKE TH und die Energiewende*

Die LINKE in TH hat konzeptionell stark auf die Energiewende und den sozialökologischen Umbau gesetzt. Bereits 2009 trat sie unter anderem mit einem "**Masterplan** für eine Energiewende in Thüringen" (15 S.) hervor. Darin heißt es:

„Die LINKE in Thüringen wird mit der Übernahme der Landesregierung nach der Landtagswahl im Herbst 2009 auf diese Situation mit einem dreidimensionalen Maßnahmenpaket antworten:

1. dem Aufbau einer Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energieträger,
2. einem Großen Energieeinsparkraftwerk<sup>6</sup> und
3. einer landesweiten Energiedienstleistungsstruktur, die einem Wirtschaftsförderungsprogramm gleichkommt.

Integriert sind eine Landesenergieagentur, Beratungsservice zur Rekommunalisierung der Energieversorgung, ein allgemeines Contracting sowie Projekte für eine Bürgerbeteiligung beim Energiesparen. Die Rekommunalisierung der Energieversorgung ist ein Markenzeichen der LINKEN“ [...]

Der Masterplan wendete sich an ein breites Spektrum von Akteuren:

---

<sup>6</sup> Gemeint sind Energiesparmaßnahmen und solche, die die Energieeffizienz erhöhen.

„Der Masterplan für die Energiewende wird mit Leben erfüllt, wenn Städte und Gemeinden, wenn Stadtwerke, wenn Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, wenn die öffentliche Hand und unsere Forschungsstätten, wenn Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aber auch die gesamte Thüringer Wohnungswirtschaft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern neue Wege gehen“ (Bodo Ramelow/ Wilfried Telkämper 6. August 2009: Das große Energieeinsparkraftwerk Thüringen 2009plus. Masterplan für eine Energiewende in Thüringen und zukunftsorientierte Arbeitsplätze durch die neue linke Landesregierung unter [http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/Positionspapiere/PP\\_1\\_2009.pdf](http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/Positionspapiere/PP_1_2009.pdf) , S. 4; S.1 (Zugriff 30.05.2012)

Im Jahr 2011 präsentierte die LINKE ihr Programm „Energierevolution statt grüner Kapitalismus. Thüringen sozialökologisch erneuern. Das Konzept der Fraktion die LINKE für die zukünftige Energiepolitik in Thüringen“ unter <http://www.die-linke-thl.de/fileadmin/lv/dokumente/Positionspapiere/Energierevolution%20statt%20Grüner%20Kapitalismus.pdf> (Zugriff: 08.05.2012).

Darin wird ausgeführt:

„ Das vorliegende Konzept ist ein Diskussionsangebot der LINKEN an alle, die sich dafür interessieren, wie die Energiegewinnung in Thüringen bis zum Jahr 2040 zu 100% auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann...[S. 2]

Thüringen unterscheidet sich von allen anderen Bundesländern vor allem dadurch, dass es zu den Ländern mit dem höchsten Stromimport in Deutschland zählt. Es gibt im Land – glücklicherweise – kein Atomkraftwerk, kein Kohlekraftwerk. Dieser vermeintliche Nachteil, das Land importiert Strom, ist ein Vorteil! Denn Thüringen hat riesige, bislang ungenutzte Reserven bei erneuerbaren Energien. Das grüne Herz Deutschlands ist daher geradezu prädestiniert, ein Musterland dezentraler Energieerzeugung und -verteilung aus einem Mix regenerativer Energien zu werden. Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie - für alles gibt es gute bis sehr gute Voraussetzungen. Zudem existieren ideale Möglichkeiten der Nutzung von Altem und Neuen, z.B. die künstlich geschaffenen Wasseradern der ehemaligen Hammerwerke oder Mühlen für Wasserkraft oder stillgelegte Talsperren für die Nutzung als Pumpspeicherwerke. Ebenso gibt es in Thüringen ein hohes Potential im Forschungsbereich. [S.4]

Es reicht jedoch nicht, die Energiewende in den bestehenden Strukturen anzustreben. Die Folge davon ist Grüner Kapitalismus. Dieser hebt jedoch soziale Ungerechtigkeiten, Eigentumsverhältnisse, Wachstums- und Gewinnstreben nicht auf. Er verdrängt soziale, wirtschaftliche und demokratische Fragen und führt unter Umständen dazu, dass eine neue Form der Armut entsteht: die Energiearmut. Mit einem sozial blinden ökologischen Umsteuern wird lediglich erreicht, dass Energie von zahlreichen Menschen nicht mehr zu bezahlen sein wird....“[S.3]

(<http://www.dielinkethl.de/fileadmin/lv/dokumente/Positionspapiere/Energierevolution%20statt%20Grüner%20Kapitalismus.pdf> (Zugriff: 08.05.2012).

Bei dem Text handelt es sich im Kern um ein (beispielhaft) auf den sozialökologischen Umbau fixiertes Programm der LINKEN für Thüringen. Es ist also weit mehr als eine Positionierung zu Energiefragen. Vielmehr werden mehr oder weniger alle Politik- und Handlungsfelder der LINKEN organisch eingebettet und auf den sozialökologischen Umbau fokussiert.

Auf so genannten Energietouren, die Mitglieder der Fraktion zu potentiellen und realen Trägern der Energiewende in TH im Jahre 2011 führten (Stadtwerke, Forschungseinrichtungen) wurde das Konzept diskutiert. Bei Energiespezialisten, die auf dezentrale Lösungen setzen, fand das Energiekonzept der LINKEN eine positive Aufnahme.

Das Konzept wurde innerhalb der Fraktion mit breiter Beteiligung aus allen Arbeitskreisen erarbeitet und wird in der Partei anerkannt. Energiepolitische Fragen sowie Probleme der Energiewende als notwendige Aufgabe linker Politik einzuordnen und zu gewichten, ist dennoch für nicht wenige Genossinnen und Genossen eine neue, große Herausforderung.

### *Energiekonzept der Koalition Thüringen 2020*

Die Thüringer Landesregierung hat mittlerweile ein Energiekonzept verabschiedet. Innerhalb der Landesregierung waren dabei Teile der SPD, insbesondere Wirtschaftsminister Machnig treibende Kraft. In der CDU engagiert sich die Ministerpräsidentin dafür, doch etliche Abgeordnete und Funktionsträger der CDU haben ihre Schwierigkeiten mit den erneuerbaren Energien. Zuvor hat die Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) in einer Regierungserklärung vom 24. März 2011 Eckpunkte vorgelegt. In der Erklärung heißt es:

„Folgende Ziele und Leitlinien sind bei den anstehenden Diskussionen aus Sicht der Landesregierung von zentraler Bedeutung:

- Wir wollen einen nachhaltigen, sicheren und bezahlbaren Energiemix in Thüringen schaffen.
- Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorantreiben.
- Dafür müssen alle vier energiepolitischen Ziele, also Sicherheit der Bevölkerung, Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit verfolgt werden.“

(<http://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1214.pdf>: 9 (Zugriff 09.05.2012).

Aus der Sicht der LINKEN in Thüringen geht das Energiekonzept der Koalition als Konzept in die richtige Richtung. Allerdings muss man sehen, so schätzen es Experten ein, dass größere Teile der CDU und auch manche in der SPD nicht dahinter stehen.

### *Praktische Einstiegsfelder in den sozialökologischen Umbau unter Beteiligung der LINKEN*

#### *Kommunale Orientierung und Rekommunalisierung der Energienetze*

Die LINKE hat bereits in der vorigen Wahlperiode (u.a. Anfragen von Manfred Hellmann) versucht, **eine stärkere Handlungsfähigkeit der Kommunen in Energiefragen zu erreichen und restriktive Interpretationen der Kommunalaufsicht zu korrigieren** (siehe dazu weiter unten). In den Jahren seit 2009 hat die LINKE mit Anträgen, die den Prämissen ihres energiepolitischen Konzepts „Energiewende statt grüner Kapitalismus...“ folgen, unter anderem ein landesplanerisches Gesamtkonzept bei der Verwaltungs- und Gebietsreform eingefordert, die Bundesnetzplanung in ihren Auswirkungen für Thüringen kritisiert und die Landesregierung aufgefordert sich aktiv an der Netzentwicklungsplanung auf Bundesebene zu beteiligen und dabei eine Verwirklichung des vorliegenden Entwurfs zu verhindern. Dabei hält sie entschieden daran fest, dass der Kernpunkt erneuerbarer Energien in der dezentralen Erzeugung vor Ort liegt. Gegenwärtig besteht in Thüringen die einmalige Chance einer fast flächendeckenden **Rekommunalisierung der Energienetze**. Wie in anderen Bundesländern (siehe Hamburg, Berlin), ist und bleibt die Rekommunalisierung der Energienetze und der Wasserversorgung für die LINKE ein überaus wichtiges Kampfziel. Das gilt selbst dann, wenn man in Erwägung zieht, dass die Netzzugänge mittlerweile erheblich liberalisiert<sup>7</sup> sind und die

---

<sup>7</sup> Deshalb schlägt Ralf Christoffers außerhalb und unabhängig vom Thüringer Fall vor, auch andere Möglichkeiten wie Konzessionen zu prüfen, um die Kommunen bei der Energiewende in Vorhand zu bringen.

jeweiligen Eigner andere Anbieter zulassen müssen. Der größte Energieversorger Thüringens (E.on) ist bereit, seine Anteile an die Thüringer Kommunen zu veräußern, die bereits 47 Prozent der Anteile halten. Bis Ende des Jahres 2012 haben sie ein Vorkaufsrecht. Die LINKE tritt aktiv mit entsprechenden Anträgen im Landtag für die Übernahme der E.on-Anteile ein und fordert die Landesregierung dazu auf, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und gegebenenfalls Bürgschaften in Aussicht zu stellen sowie rechtsaufsichtliche Genehmigungen für die Aufnahme von Darlehen. Auch von der Landesregierung wird die Rekommunalisierung offenbar in Betracht gezogen. „Das hätte ich vor einem Jahr noch nicht einmal zu träumen gewagt“, so Bodo Ramelow über die Chance der Rekommunalisierung: „Damit würden wir das größte Gemeindegewerk Deutschlands errichten und hätten die Chance zum Bundesland Nr. 1 der regenerativen Energien zu werden“. Gelänge die Rekommunalisierung, so wäre die Tür geöffnet für eine aktive Kommunalwirtschaft und eine endgültige „Abkehr vom jahrzehntelangen Privatisierungskult“ (Ramelow).

Die LINKE in TH sieht in **Genossenschaften** ein „wichtiges Zukunftsmodell solidarischer Ökonomie“, bedeutsame Akteure eines „regionalen, dezentralen und regenerativen Umsteuerns“ bei der Energiewende. Bereits vor längerer Zeit hatte der Fraktionschef der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, auf der Basis des Energiekonzepts der Fraktion in einem Brief an die Stadtwerke darum geworben, möglichst viele Akteure bei der Energiewende mit ins Boot zu nehmen. Eingebunden werden könnten in eine Offensive die vielen Energiegenossenschaften in Bürgerhand, die Bürgerkraftwerke. „Das Beispiel der Energiegenossenschaft von Schlöben oder das der Energiegenossenschaft aus Viernau zeigt, welche Potentiale hier erschlossen werden können“, ergänzte Ramelow 2012. Zudem könnten von Genossenschaften getragene Dorfläden ein Mindestmaß an Grundversorgung im ländlichen Raum sichern. In Thüringen operieren derzeit (Juli 2012) 400 Genossenschaften mit rund 34.000 Mitgliedern. Davon waren dreizehn Energiegenossenschaften. Bundesweit existieren ca. 586 Energiegenossenschaften mit rund 81.000 Mitgliedern (Klaus-Novy-Institut 2012). Die Wertschätzung des Genossenschaftsmodells durch die LINKE zeigt sich auch darin, dass sie Gründungen mit initiiert und aktiv unterstützt (siehe weiter unten).

### *Kampffeld in Spe: Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen*

Nach einem Gutachten der Fachhochschule Nordhausen liegen die größten Potentiale Thüringens auf dem Felde der erneuerbaren Energien bei der Solarenergie und der Windkraft. Bei der Windkraft werden derzeit rechtlich mögliche und wünschenswerte Initiativen der Gemeinden schon durch regionale Flächennutzungspläne etc. ausgebremst, die seinerzeit durch konservative Landräte der CDU und ihre Klientele verabschiedet wurden: sie sehen weniger als 1% der Landesfläche Thüringens als Standorte für Windkraftanlagen vor. Diese restriktiven Vorgaben und Setzungen müssen aus der Sicht des energiepolitischen Sprechers der LINKEN in TH, Manfred Hellmann, nach bayerischem Muster korrigiert werden, damit die

theoretisch gegebenen Rechte der Kommunen, Windkraftanlagen zu errichten und zu unterhalten, in die Praxis umgesetzt werden können. Allerdings bliebe auch bei der Beseitigung dieser Hürde eine weitere bestehen: zu rechnen ist überall, auch dort, wo die LINKE stark ist und „regiert“, mit Bürgerprotesten.

### *380-kv-Trasse durch den Thüringer Wald und die Positionierung der Parteien*

*Mehrfache größere Proteste auf der Straße und durch Klagen vor Gericht unter aktiver Beteiligung der LINKEN* und der deutlichen Unterstützung der ehemaligen linken Landtagsabgeordneten und jetzigen Landrätin im Ilmkreis, Petra Enders, hat es 2011 und 2012 gegen den Bau einer 380-kv-Stromtrasse durch den Thüringer Wald gegeben. Die Protestierenden setzen auf die Aufrüstung bestehender Höchstspannungsleitungen und eine dezentrale Produktion in den Kommunen selbst. Landes- wie Kommunalpolitiker von CDU (Lieberknecht) und SPD schwankten zeitweilig in dieser Frage, um sich schließlich eindeutig für die Trasse auszusprechen. Ende Mai 2012 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine entsprechende Klage von Gegnern der so genannten Thüringer Strombrücke abgelehnt.

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Frank Weber, hält die Gerichtsentscheidung für einen wichtigen Meilenstein bei der Umsetzung der Energiewende. Er meint, dass neben dezentralen eben auch zentrale Strukturen für die Lastschwerpunkte in ganz Deutschland nötig seien. Das gehe nur durch den Ausbau der Netze, zu dem auch der Ausbau der 380-kv-Leitung gehöre (vgl. Frank Weber .Pressemitteilungen 25. Mai 2012 Gerichtsentscheidung ist Meilenstein zur Umsetzung der Energiewende).

Bei der Energiewende im Allgemeinen und der Thüringer Strombrücke im Besonderen geht es um ein neues Verhältnis von Zentralität und Dezentralität. In dieser Frage liegen zwei für sich genommen berechnigte Interessen und Positionen im Widerstreit. Die Befürworter der Thüringer Strombrücke können ins Feld führen, dass bezogen auf die Bundesrepublik als Ganzes nicht überall und allerorten erneuerbare Energien dezentral hinreichend zu erzeugen sind. Verweisen ließe sich ferner auf die geografische Lage Thüringens und darauf, dass gerade in Ostdeutschland in etlichen Regionen weit mehr Ökostrom erzeugt als vor Ort verbraucht werden kann, weshalb ein entsprechender Netzausbau im ostdeutschen Entwicklungsinteresse liege... Doch nicht minder berechnigt sind die Gegenpositionen, die von der LINKEN in Thüringen entschieden unterstützt und vertreten werden.

Der Spruch des Gerichts hat den Konflikt transformiert und die Machtbeziehungen zwischen den für sich genommenen berechnigten Positionen der Konfliktparteien verändert. Zuvor gleichberechnigte widerstreitende Positionen sind es nach der Abweisung der Klage der Trassengegner *rechtlich* nicht mehr. Doch ist die Position der LINKEN in TH nach dem Gerichtsurteil aus zwei Gründen nur in Nuancen anders als vor der richterlichen Entscheidung. *Erstens tritt die LINKE für eine dezentrale Energiewende ein und hält daher den Ausbau von Leitungen von Deutschland Nord nach Deutschland Süd für nicht zielführend. Die Offshore-Windparks an Nord- und Ostsee, die sehr teure Nord-Süd-Trassen zu den Energieverbrau-*

chern in Bayern und Baden-Württemberg erheischen, dienen der Absicherung der Monopolstellung der Energiekonzerne und beschneiden die Chancen des Wachstums der Marktanteile dezentraler Energieträger. Zweitens. *Die in den südlichen Bundesländern Regierenden lehnen es ab, Energie zu importieren und wollen die Entwicklung erneuerbare Energien selbst vorantreiben.* Damit aber wird die 380-kv-Leitung entbehrlich, verliert den Charakter des Notwendigen (siehe Antrag der Fraktion die LINKE 5/4559 vom 13.06.2012: Auswirkungen der Bundesnetzplanung auf Thüringen).

### *Beispielhafte kommunale Projekte: Energiegenossenschaft Viernau*

Bezeichnung /Beschreibung des Einstiegsfeldes

*Bürgergenossenschaft/ Energiegenossenschaft e.G. Viernau ohne kommunale Beteiligung zum Zwecke der Errichtung und des Betriebens eines (zweiten) Solarparks (Photovoltaikfreianlage) in der Gemeinde Viernau am Breiten Berg (TH, Landkreis Schmalkalden-Meinungen).*

Ziel der Energiegenossenschaft ist es, zur dezentralen Energiewende beizutragen, die alternative Stromerzeugung in der Region voranzutreiben, regionale Wertschöpfung zu generieren, die Erwirtschaftung von Renditen, Stärkung der Gemeindefinanzen.

Bezug des Projekts Energiegenossenschaft Viernau zur Partei *Die LINKE*

Die Gründung der Energiegenossenschaft Viernau wurde erstens nicht nur *von einem Mitglied der LINKEN initiiert*; Mitglieder der Partei vor Ort und aus der Landtagsfraktion gehören zu jenen, die Genossenschaftsanteile zeichneten, und sie sind im Aufsichtsrat und Vorstand der Energiegenossenschaft vertreten. Die Energiegenossenschaft Viernau steht zweitens objektiv und zumindest *partiell subjektiv* in einem Funktions- und Wirkungszusammenhang mit dem *Konzept der LINKEN in TH* („Energierévolution statt grüner Kapitalismus...“) und belegt drittens die *oben skizzierte entschiedene Wertschätzung der LINKEN für das Genossenschaftsmodell.*

Obschon in der Gemeinde Viernau derzeit nicht die LINKE (21,5% der Stimmen) oder die Freien Wähler (ebenfalls 21,5%), sondern die CDU mit über 57% der Stimmen bei jüngsten Gemeindewahlen die bei weitem stärkste der Parteien ist, hat Viernau selbst seit 1999 mit seinen gut 2.000 Einwohnern in Manfred Hellmann einen Bürgermeister, der der LINKEN angehört. Zweimal wurde er wiedergewählt. Die objektive und partiell subjektive Einbettung der Energiegenossenschaft Viernau in das Energiekonzept der LINKEN in TH resultiert nicht zuletzt aus der zentralen Rolle des Akteurs Manfred Hellmann vor Ort und in TH, lokalen Akteurkonstellationen und historisch gewachsenen Traditionen der Gemeinde, die in der 2001 erfolgten Verleihung des Titels „Solarkommune“ aufscheinen. Hellman gehört mit zu den Erarbeiter\_innen des Energiekonzepts der LINKEN in Thüringen. Er ist seit 2009 Abgeord-

netter für die Linke im Landtag (Direktmandat im Wahlkreis Schmalkalden-Meiningen) und deren energiepolitischer Sprecher. Beruflich tätig ist Manfred Hellmann auf dem Felde der Energieerzeugung und Beratung. Zu den Mitgliedern der Energiegenossenschaft Viernau gehören neben Hellmann alle Gemeinderäte der LINKEN wie auch weitere Parteimitglieder.

Hellmann hat im Verein mit anderen Akteuren aus Viernau maßgeblichen Anteil daran, dass der Gemeinde 2001 von der Deutschen Umwelthilfe der Titel „Solarkommune“ verliehen wurde. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vergibt den Titel »Solar-Kommune« an Städte und Gemeinden, die ein „vorbildliches Engagement“ bei der Erzeugung von Solarstrom nachweisen können.

„Solarkommune Viernau“

Im Gebiet der Kommune Viernau werden seit 2001 mehrere Kleinphotovoltaik-Anlagen betrieben. Dazu gehören die Anlage auf der Mehrzweckhalle (2001), auf dem Dach des Feuerwehrhauses und der Heimatstube (2005/2006), auf dem Dach der Matec GmbH (2009). 2001 wurde Viernau der Titel Solar-Kommune als elfter deutscher Gemeinde und erster in den neuen Bundesländern verliehen. Manfred Hellmann selbst und andere Bürger von Viernau haben zudem auf ihren Privathäusern oder/und angemieteten Dachflächen Solarmodule installiert.

Die erste Groß-Photovoltaik-Anlage – der Solarpark am Benschhäuser Berg – wurde 2009 in Betrieb genommen und gehört zum Verdruss von Hellmann und der Gemeinde einer privaten Investorengruppe aus Schleswig-Holstein. Sie ist in der Lage, 300 Haushalte mit Strom zu versorgen, aber eben nicht im Besitz der Gemeinde, weil die Gemeinde als Investor und Betreiber von den Kommunal- und Landesbehörden seinerzeit ausgebremst wurde. Der Gemeinde wurde eine Kreditaufnahme mit dem Argument versagt, „Energiegewinnung gehöre nicht zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge einer Kommune“. Diese Auffassung der Kommunalaufsicht war sachlich falsch und wurde vom zuständigen CDU- Minister korrigiert. Doch die Korrektur kam für die Kreditvergabe und -aufnahme seitens der Gemeinde zu spät. Die Wertschöpfung dieser ersten Anlage am Benschhäuser Berg findet daher im Bundesgebiet West statt. Die Gemeinde erhält davon nur die Gewerbesteuer.

Die Solarkommune Viernau speist derzeit ohne Energiegenossenschaft 2 Megawatt pro Jahr Sonnenstrom in das Netz ein; mit der per 30.09.2012 ans Netz gehenden und von der Energiegenossenschaft getragenen Photovoltaik-Anlage sind es dann insgesamt 3 Megawatt pro Jahr.

Die Energiegenossenschaft e.G. Viernau ist ab 2012 Träger und Betreiber der zweiten Groß-Photovoltaik-Anlage in Viernau. Im Gemeinderat Viernau fiel die Entscheidung für den Bebauungsplan für die von der Bürgergenossenschaft getragene Anlage im Februar 2012 mit einer Enthaltung. Skepsis lag bei zwei Gemeinderäten von der CDU vor, teils aufgrund der

Politik der Bundesregierung in der Solarfrage (lohnt das Projekt noch?), teils wegen der von der Gemeinde zunächst zu tragenden Planungskosten von 12.000 Euro, die 2013 von der Genossenschaft zurückgezahlt werden.

#### Die Energiegenossenschaft Viernau. Gründungshistorie

Die Gründung einer Energiegenossenschaft ohne kommunale Beteiligung und die Errichtung einer Photovoltaikanlage war für die Initiatoren und Beteiligten ein erheblicher Kraftakt. Die Aktivitätenliste umfasst 20 Positionen, die es in sich haben. Von der Idee bis Realisierung hat es ein Jahr gedauert. In der Liste ist ein aufwendiger Punkt gar nicht enthalten – die Verträge mit den Genossenschaftlern.

Enttäuschend war zunächst das Feedback der potentiellen Adressaten, der Viernauer Bürger, in den Informationsveranstaltungen. Nicht gerechnet hatten der Initiator und seine Mitstreiter mit Bürgerprotesten in Viernau selbst. Ein Teil der unmittelbaren Anrainer der Anlage befürchtete Elektromog oder/und Böschungsabbrüche und Schlammlawinen. (Diese Befürchtungen sind sachlich unbegründet und konnten neutralisiert werden.)

Am 26.03.2012 folgten in Viernau 38 Männer und Frauen der Einladung zur Gründungsveranstaltung. Davon erklärten 32 verbindlich, Anteile zu erwerben. Insgesamt lagen mehr als 50 Zusagen vor. Die Volksbank Südthüringen agiert in der Doppelrolle als Kreditgeber und Erwerber von Genossenschaftsanteilen. Ins Boot geholt wurde auch der Geschäftsführer von Werra-Energie.

Die Anlage selbst, die per 30.09.2012 ans Netz geht, kostet ca. 1,4 Millionen Euro. Die Genossenschaftsform wurde auch deshalb gewählt, um das nötige Eigenkapital von rund 400 000 Euro einzuwerben. Insgesamt haben 62 Bürger/Institutionen bis zum Meldeschluss Genossenschaftsanteile erworben. Die anvisierte Eigenkapitaldecke wurde übertroffen. Unter den Genossenschaftlern kommen 28 aus Viernau selbst (Viernau hat 2.054 Einwohner) und über 30 von außerhalb. Gezeichnet haben *in* Viernau Bauern, Intellektuelle, Rentner, auch Unternehmer. Alle Gemeinderäte der LINKEN in Viernau sowie Gemeinderäte der Freien Wähler haben Anteile erworben, aber am Ende kein einziger Gemeinderat der CDU. Die CDU, die die meisten Gemeinderäte stellt, konnte das Projekt nicht stoppen. Sie konnte aber verhindern, dass dem Projekt interessiert gegenüberstehende CDU-Gemeinderäte Anteile erwarben. Die größte Enttäuschung war die Haltung des örtlichen Gewerbevereins, in dem ein Teil der kleinen und mittleren Unternehmer organisiert sind. Kein Mitglied des Gewerbevereins hat Anteile gezeichnet. Als der Vorsitzende daraufhin angesprochen wurde, antwortete er, Hellmann könne doch zufrieden sein, „wir sind nicht dagegen“.

Von welchen Motiven wurden Personen geleitet, die Genossenschaftsanteile erworben haben? Es ist mit einer je unterschiedlichen Mischung von Pioniergeist, Renditeerwartungen, ökolo-

gischer Verantwortung zu rechnen. (Die Genossenschaft kann jährlich mit rund 150 000 Euro Einspeisevergütung rechnen, etwa 20 Jahre lang.) Umgekehrt verhinderten die reale oder gefühlte eigene wirtschaftliche Lage sowie die Verunsicherung über die politischen Rahmenbedingungen der weiteren Solarförderung den Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Eine Rolle spielen auch „alte Rechnungen“ zwischen Personen bzw. Animositäten, die in kleineren Orten größeres Gewicht haben als in Ballungsräumen, möglicherweise auch die gewählte Kommunikationsstrategie. Die Erfahrungen bei der Genossenschaftsgründung in Viernau legen jedenfalls nahe, dass die Bürger der Gemeinde *bei breiter Beteiligung* zwar ökonomisch durchaus in der Lage gewesen wären, Genossenschaftsanteile in der erforderlichen Höhe zu zeichnen, doch von den gut 2.000 Einwohnern waren dazu bis Ablauf der Zeichnungsfrist weniger als 30 willens. Ohne Beteiligungen von außen hätte es das Projekt nicht gegeben.

Dass sich einzelne Personen massenhaft mit Anteilsscheinen eindecken, was real keineswegs der Fall war, ist außerdem per Satzung ausgeschlossen. Der Mindestanteil pro Person betrug 500 Euro inklusive Nachrangdarlehen; der Höchstanteil 60 Anteilsscheine zu je 500 Euro (also 30.000 Euro).

Die Laufzeit der Solaranlage der Genossenschaft liegt zwischen 30 und 50 Jahren (25 Jahre Garantie werden gegeben auf die Module). Die Finanzierung erfolgt über ein Annuitätendarlehen mit einem effektiven Zinssatz unter 3 Prozent. Die Anlage ist nach 15,5 Jahren refinanziert.

Das Risiko liegt lt. Manfred Hellmann bei einem Prozent. Risikofaktoren sind eine vollständige Kappung der Einspeisevergütung durch die Bundesregierung, Hagelschlag (hier besteht eine Versicherung) und eine vorzeitige Einstellung des Geschäftsbetriebes durch die Firma, die auf die installierten Module diese 25 Jahre Garantie gewährt. Denn jede Firma, die Solarmodule produziert, stellt ihre eigenen Module her, die mit anderen nicht kompatibel sind.

Dem Aufsichtsrat der Genossenschaft gehören neben Hellmann, eine Steuerberaterin, der Amtsleiter des Hauptamtes der Gemeinde, ein Unternehmer und ein Gemeinderat an. Der Vorstand der Energiegenossenschaft besteht aus drei Personen – einem Solarspezialisten und Solarunternehmer, einem Finanzfachmann und einem weiterem Genossenschaftler.

Die Genossenschaft steht zwar erst am Anfang ihrer Existenz, sie hat aber schon eine beachtliche Gründungshistorie und zeigt die Fähigkeit der beteiligten Akteure, auch unter komplizierten Bedingungen solche zukunftsweisenden Projekte zu starten.

### *Fazit Thüringen*

Die Leitfrage des Abschnittes zu Thüringen lautete: *kann die LINKE als starke Opposition Rahmenbedingungen in Richtung eines sozialökologischen Umbaus beeinflussen und praktische Einstiegsfelder besetzen und vorantreiben?* Soweit Rahmenbedingungen dafür überhaupt auf der *Landesebene* beeinflusst werden können, sind der LINKEN in der Opposition grundsätzlich Grenzen gesetzt. Es gibt indes so etwas wie Landesinteressen, die quer zur politischen Farbenlehre vertreten werden. Die Vorschläge und Forderungen der oppositionellen LINKEN zur Energiewende und zum sozialökologischen Umbau in Thüringen haben vor allem dann eine Chance politisch im Landtag Gehör zu finden und aufgegriffen zu werden, wenn sie anschlussfähig an jenen Bereich der Landesinteressen und ihre Interpretation sind – etwa in der Frage der Rekommunalisierung der Energienetze. (Es gibt – gerade in Bezug auf die Energiewende – nicht nur Unterschiede zwischen Bundes- und Länderinteressen, sondern auch zwischen den Bundesländern. Diese Unterschiede sollten könnten beispielsweise von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz bzw. in deren Auftrag wissenschaftlich aufbereitet und identifiziert werden). Jenseits der Landesebene hat die LINKE als Opposition beachtliche Möglichkeiten, praktische Einstiegsfelder in den sozialökologischen Umbau zu identifizieren, zu besetzen und voranzutreiben und so auch zu wirken.

Die gegebenen Möglichkeiten werden von der LINKEN im Thüringen recht gut ausgefüllt und genutzt. Die LINKE in TH ist sowohl konzeptionell als auch mit ihren Aktivitäten auf Landesebene und nicht zuletzt mit praktischen Initiativen, Beispielprojekten vor Ort und von unten auf den sozialökologischen Umbau nahezu programmiert. Von den 13 im Freistaat bestehenden Energiegenossenschaften wurde nur eine näher in den Blick gerückt, weil in dieser der Bezug zu Politik und Praxis der LINKEN am größten ist. (Dies schließt freilich nicht aus, dass auch in anderen Genossenschaften die LINKE zumindest mit im Boot ist.) Die starke Fokussierung auf dezentral erzeugte erneuerbare Energien und den sozialökologischen Umbau wird im Thüringer Landesverband und in der Fraktion der LINKEN von einflussreichen und starken Akteuren getragen und vorangetrieben. Dieser Umstand sichert immerhin eine permanente Thematisierung des sozialökologischen Umbaus innerhalb der LINKEN. Die Akteure stellen fest, dass die erste Stufe, ein Konzept zum sozialökologischen Umbau vorgelegt zu haben, nicht die weiteren Diskussionsprozesse in Partei und Gesellschaft ersetzt, sondern im Gegenteil Ausdauer verlangen.

Nach „außen“ kommt die LINKE mit ihren Konzepten wie mit ihren praktischen Projekten mit Akteuren ins Gespräch und zur gemeinsamen Aktion, die der LINKEN sonst eher fern(er) stehen bzw. nicht unbedingt auf öffentliche Schulterschlüsse Wert legen. Das zeigte sich bei den Energietouren (Stadtwerke, Forschungsstätten), ferner unter anderem an Personen mit einer gewissen Prominenz, die Genossenschaftsanteile in Viernau zeichneten. Parteienübergreifend zeigen auch Bürgermeister der Umgebung Interesse an den Erfahrungen, die bei der

Gründung der Energiegenossenschaft gemacht wurden. Honoriert wurde auch der Einsatz der LINKEN gegen eine zentralistische Ausgestaltung der Energiewende, für den die geplante 380-kv-Leitung durch den Thüringer Wald steht. In Thüringen besteht derzeit eine große und in dieser Breite und Tiefe sonst bundesweit nirgends gegebene Chance zur relativ kurzfristigen Rekommunalisierung der Energienetze. Dafür setzt sich (freilich nicht nur, aber eben auch) DIE LINKE sehr entschieden ein.

Ähnlich wie in Brandenburg ist auch im Umfeld der LINKEN in Thüringen die Akzeptanz der verschiedenen Arten erneuerbarer Energien unterschiedlich. Mit Widerständen und Protesten ist selbst im Falle der Solarenergie zu rechnen, wie das Beispiel Viernau zeigt. Deutlich weniger akzeptiert wird die Windkraft. Energiespezialisten der LINKEN tendieren dahin, ähnlich wie in Bayern angedacht, nahezu das gesamte Bundesland als potentiellen Standort für Windgeneratoren auszuweisen. Sie lassen sich dabei von rationalen, naturwissenschaftlich-technischen, ingenieurwissenschaftlichen, an einer Ökonomie der Notwendigkeit orientierten Argumenten und Überzeugungen leiten. Diese Argumente und Einsichten erschließen sich anderen sozialen Milieus nicht ohne weiteres. Sicher ist, dass in Thüringen weit mehr als ein Prozent der Landesfläche für Windenergie nutzbar sind und genutzt werden müssen. Daher gilt es, dieser Option entgegenstehende regionale Setzungen (geltende Flächennutzungspläne usw.) zu revidieren. Zugleich kommt es für die LINKE auch darauf an, mit Hilfe kommunikationsstarker Moderatoren und veränderter Kommunikationsstrategien die Haltung zur Windenergie im je eigenen Umfeld in der Bevölkerung zu verändern. Dies schließt ein, dass die Bevölkerung im unmittelbaren Umfeld von Windkraftanlagen aus deren Existenz einen materiellen oder /und anderen Nutzen zieht.

## II.4. Bremen – das Ökologische ist sozial!

### *Leitende Problemstellung mit Blick auf die Hansestadt*

Bremen gehört zwar nicht zu den Vorreitern der Energiewende, hat aber durchaus einige Akzente gesetzt. Bei den Anteilen der Erneuerbaren an der Nettostromerzeugung lag das Land mit 2,4 % (2009) knapp auf dem vorletzten Platz. Rund 4.500 Arbeitsplätze sind mit dem Bereich bisher verbunden (davon mehr als 3.600 in der Windenergie). Weiteres Beschäftigungswachstum zeichnet sich ab. Insbesondere im Raum Bremerhaven wurden Windkraftanlagen (Leistungen 2012 ca. 143,3 MW, v.a. Offshore) installiert. Bremen, das von mehreren Atomkraftwerken umgeben ist, kann unmittelbar vom beschlossenen Atomausstieg profitieren. In der Stadt bündeln sich starke institutionelle und personelle Kompetenzen für eine Energiewende. Zugleich hat auch hier, wie in anderen Regionen, die neue Branche einige Schattenseiten mit dem hohen Anteil von Leiharbeit und einer geringen Ausbildungsquote. Der ökologische Umbau, das bleibt als Herausforderung, ist nicht unbedingt auch sozialer Fortschritt.

Die seit 2011 regierende Koalition von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN drängt zwar auf eine weitere Ausweitung von sozialer und ökologischer Stadtentwicklung, hat auch einige bemerkenswerte Zeichen gesetzt (etwa hinsichtlich eines eingeführten Mindestlohnes), kann aber solchen strategischen Ansprüchen vor allem mit der verordneten Schuldenbremse kaum gerecht werden. Soziale Wohnraumförderung wurde in den letzten Jahren immer weiter zurückgefahren; der Bestand an Sozialwohnungen liegt nur noch bei etwa 1,2 %.

Eine erforderliche Energiewende oder der sozial-ökologische Umbau stellen ersichtlich für das Land Bremen und insbesondere die Großstadt selbst mit extremen sozialen Problemen eine besondere Herausforderung dar. Es ist offensichtlich, dass Fragen der sozial-ökologischen Wende somit unmittelbar solche der Stadtentwicklung tangieren. DIE LINKE im Bund hatte dafür durch die Genossenschaft „Fairwohnen“ eine Weichenstellung versucht, langfristig sollte soziale Wohnungsentwicklung gesichert sein. Das erscheint als nahezu unmöglich. Und auch in Bremen sind die Anforderungen mit Blick auf Stadtumbau und Energiewende nicht gering. DIE LINKE muss im Ökologischen das Soziale und im Sozialen das Ökologische sozusagen *auf die Spitze* treiben. Das sollte Kern ihrer Initiative „Bremen 2030 – Wohnungsbaupolitik neu gestalten“ sein.

Für Stadtentwicklung setzt in Rahmen der Zuständigkeiten das Parlament, die Bremer Bürgerschaft, die politischen Leitlinien. DIE LINKE ist als sehr kleine Fraktion in der Bürgerschaft vertreten, ihre Präsenz in den Beiräten der Stadtteile ist gleichfalls gegenüber 2007 gesunken. Die Frage ist, wie DIE LINKE hier ihre Sicht der Dinge politisch einzubringen vermag und zugleich in der konkreten Stadtteilarbeit wirkt, welche ihrer politischen Schwerpunkte auch praktisch werden können.

## Politische Konstellationen in Bremen

Parteien in der Bürgerschaft ab 2011	Wahlergebnisse bei jüngster LT-Wahl (2011)	Sitze	Wer regiert?	Kommunale Verankerung <sup>8</sup>
SPD	36,8%	36 von 83	SPD/Grüne	Beiratswahlen 2011: 124 (+1)
B90/Grüne	22,5%	21		Beiratswahlen 2011: 78 (+16)
CDU	20,4 %	20		Beiratswahlen 2011: 85 (-4)
LINKE	5,6%	5		Bei den Wahlen 2011 zu den Beiräten der 22 Stadtteile erzielte die LINKE in 17 von 22 Stadtteilen insgesamt 22 Sitze (-5)
BiW	3,7	1		Beiratswahlen 2011: 6 (+1)

Seit 1945 ist in Bremen die SPD stärkste Partei und in wechselnden Konstellationen in Regierungsverantwortung. Bis zu ihrem Verbot 1956 war die KPD in der Bürgerschaft mit über 5% vertreten; auch die seit 1968 präsente DKP konnte bei Wahlen Achtungserfolge erzielen. Schließlich war die Bremer Bürgerschaft das erste westdeutsche Landesparlament, in das die LINKE in Fraktionsstärke einziehen konnte. Das war 2007. Im Vergleich mit der Wahl von 2007 ist das Ergebnis für die LINKEN 2011 bei niedrigerer Wahlbeteiligung rückläufig (ca. um ein Drittel der Stimmen.) DIE LINKE stellt die kleinste Fraktion. Zugewinne konnten 2011 beide Parteien der regierenden rot-grünen Koalition, insbesondere die Grünen, verbuchen.

In der Stadt Bremen schnitt die LINKE bislang immer besser ab als in Bremerhaven. Der Wählerzuspruch für die LINKE in Bremen ist bei Männern größer als bei Frauen. Nach Altersgruppen gilt das das bei den unter 18jährigen sowie in der Altersgruppe der 45-59-jährigen. Bei Personen im Alter von über 60 Jahren und bei Rentnern ist der Zuspruch am geringsten. Der Landesverband HB zählte 2010 ca. 630 Mitglieder, Beobachter sprechen zugleich von einem „erstaunlich großen harten Kern“ unter den Mitgliedern. Seit September 2009 ist DIE LINKE (14,1 %) mit einer Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten.

Der Landesverband hat nicht nur, wie andere Länder auch, mit Spannungen zwischen Fraktion und Landesverband zu tun, die mit Ressourcen und unterschiedlichen politischen Heraus-

<sup>8</sup> Für Links im Amt. Amtsträger und Amtsträgerinnen der Partei DIE LINKE in kommunalen Verwaltungen unter <http://www.die-linke.de/politik/kommunal/fuerlinksimamt/> (Zugriff 27.05.2012).

forderungen zu tun haben, dieser Landesband ist immer wieder von erheblichen Konflikten gebeutelt. Jüngst eskalierten sie etwa im Zusammenhang mit den Wahlen zur Bürgerschaft 2011. Das hat offensichtlich zu Verletzungen geführt, die auch heute noch anhalten. Dennoch scheinen sich die Auswirkungen auf die praktische Parteiarbeit, welche eher unter einer geringen Personaldecke leidet, in Grenzen zu halten.

DIE LINKE setzt sich in Bremen merkbar für die sozialen Belange der besonders Betroffenen ein. Zugleich gilt freilich auch hier, wie in den anderen Bundesländern, dass diese sozialen Problemgruppen nur schwer zu binden oder zu mobilisieren sind. Die fordernde Arbeit „vor Ort“, an den sozialen Brennpunkten kann zwar für Bindungen und Politisierung sorgen, sie wird aber eher noch unterschätzt, zu wenig praktiziert. Andererseits scheint es der LINKEN beispielsweise gelungen zu sein, die Koalitionsparteien auf eine stärkere soziale Ausrichtung ihrer Politik festzulegen.

„In Bremen, aber auch über Bremen hinaus ist vermutlich noch nie eine Landesregierung so deutlich bestätigt worden, die so wenig versprochen hat. SPD und Grünen ist dies als Transparenz und ehrlicher Dialog angerechnet worden. Mit bloßen Parolen kommt man dagegen nicht an. Durch den Druck der LINKEN haben beide sich allerdings im Wahlkampf darauf festgelegt, den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden und keinen sozialen Kahlschlag vorzubereiten“ (Christoph Spehr: Eine zweite Chance für die LINKE. Erste Auswertung der Bürgerschaftswahl 2011)

Die Frage ist, ob und wie sich diese soziale Ausrichtung und Verankerung der LINKEN mit einer ökologischen Thematisierung verbindet. Damit müssten dann, neben einer Zuspitzung der sozialen Frage und der Vor-Ort-Aktivitäten, auch andere Wählerschichten angesprochen und evtl. gewonnen werden. Mit den unlängst vollzogenen Wahlen bietet sich zunächst das Wahlprogramm für erste Einschätzungen an.

### *Linke Umbauprogrammatik*

Das Wahlprogramm der LINKEN, welches in einem breiten Diskussions- und Abstimmungsprozess entstanden ist, setzt nicht nur sehr weitgehende Akzente mit einer auf die soziale und ökologische Stadtentwicklung konzentrierten Strategie, es unterscheidet sich gerade so auch in wesentlichen Aspekten von der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Regierung. Die *Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen für die 18. Wahlperiode (141 Seiten) in Bremen* steht unter dem Motto: „Bremen: wirtschaftlich stark, ökologisch und sozial gerecht“. Diese Vereinbarung ist von einer Reihe sozial-ökologischer Grundorientierungen gekennzeichnet. Zugleich aber werden solche Orientierungen nicht nur in wichtigen Punkten aufgegeben, wie etwa mit der Akzentuierung von Wettbewerbsfähigkeit und wichtigen Großprojekten (Hafen, Weservertiefung). Vor allem schneidet das strikte Bekenntnis zur Schuldenbremse, schneidet die prioritär zu betreibende einseitige Sparpolitik wirkliche Umsetzungsmöglichkeiten gerade im sozialen und ökologischen Bereich ab.

Die LINKE problematisiert demgegenüber in ihrem Ansatz die Schuldenbremse, bleibt aber dabei nicht stehen, sondern zeigt erforderliche Gestaltungsansätze. Im Wahlprogramm werden hinsichtlich der Fragen der Stadtentwicklung die guten Voraussetzungen unterstrichen, die gerade Bremen für eine nachhaltige ökologische Entwicklung besitzt. Diese Potenziale würden jedoch seit Jahren politisch nicht genutzt, sondern gleichsam zubetoniert. Die Folge seien funktionale Entmischung und soziale Verödung.

Deshalb durchziehen auch Fragen von sozialem Ausgleich, Verhinderung weiterer Segregation, Armutsbekämpfung etc., also die Orientierung auf einen nachhaltigen sozialen Umbau, die Programmatik: Denn es ist dieser soziale Umbau, der die ökologischen Potenziale stärkt und erhält. Um dies konsequent zu erreichen, ist Stadtentwicklung, ist Stadtumbau zugleich gebunden an aktive Bürgerbeteiligung. Nur so, nur mit den Bewohnerinnen und Bewohnern lässt sich die „Stadt der Zukunft“ bauen. Dies, Teilhabe für alle, ist zweifellos eine gewichtige Maxime linker Stadtpolitik. Für ihre Umsetzung setzt die LINKE insbesondere auf die entsprechende Entwicklung der Stadtquartiere, in der bei den erforderlichen Stadtentwicklungsmaßnahmen umfassende Bürgerbeteiligung institutionalisiert und praktiziert werden soll.

Mit diesen knapp und grob skizzierten programmatischen Ansatzpunkten verbinden sich für DIE LINKE nicht nur die Umsetzungsforderungen „vor Ort“, vor allem geht es zugleich um eine anders angelegte Förderpolitik, eine entsprechende und stabile Finanzpolitik. Außerdem können Rekommunalisierungen ein wichtiger Schritt sein zum Erhalt des öffentlichen Einflusses auf die Wohnungspolitik und vor allem zur Bewahrung des öffentlichen Gemeineigentums und (in geeigneten Fällen) zu dessen Ausweitung. Auf die gegenläufigen Trends der letzten Jahre für Bremen wurde verwiesen.

Auch wenn gegenüber diesem Katalog sozialer Fragen und lokaler Politik bzw. Beteiligung die Aufgaben einer Energiewende in der Stadt keinen so zentralen Stellenwert haben, sind die Orientierungen auf eine nachhaltige Stadtentwicklung deutlich. Insofern zielen die Schwerpunktsetzungen auf einen umfassenden Stadtumbau. Die hierfür gegebenen Ausgangsbedingungen lassen allerdings solche Schwerpunktsetzungen nur sehr eingegrenzt zu. Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Darin kann zugleich eine Chance gesehen werden, um den direkten Zusammenhang beider Komponenten einer Umbaustrategie noch stärker zu machen: Nur und erst eine soziale Stadtgestaltung kann ökologisch nachhaltig sein.

### *Bezug zum „Stadtumbau Ost“*

In der Wahlprogrammatik finden sich nicht nur wichtige Orientierungspunkte aus der Stadtumbaudebatte besonders in Ostdeutschland, vor allem solche aus der kritischen Begleitung des Stadtumbaus durch DIE LINKE; in der Tat ist ja Bremen seit 1998 eines der Pilotprojekte im Forschungsvorhaben „Stadtumbau West“. Für einige der in Vorbereitungs- und Implemen-

tierungsphase in Bremen durchgeführten konzeptionellen Diskussionsrunden wurde ausdrücklich auf zu nutzende Erfahrungen aus dem „Stadtumbau Ost“, dem Umbau von Großsiedlungen verwiesen. Bremen erscheint für einen solchen Transfer als besonders geeignet, Stadt bzw. Stadtstaat waren früh schon eine der „Inseln“, die im Westen zunehmend das Schicksal des Ostens teilen.

Während nämlich in vielen westdeutschen Städten noch bis in die frühen 2000er Jahre leichtes Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen zu verzeichnen waren, hieß es hier eben bereits Schrumpfen. Damit war die Problemlage vergleichbar der für den „Stadtumbau Ost“, in dem sich langsam und widersprüchlich paradigmatische Umstülpungen von stadtplanerischen Herangehensweisen durchsetzten: Gestaltung städtischer Entwicklungen unter Schrumpfungsbedingungen, als Stadtentwicklung „jenseits der Moderne“.

Der „Stadtumbau Ost“ war in der LINKEN ein zentraler, markanter politischer Schwerpunkt. Mit zahlreichen Konferenzen, Vor-Ort-Besichtigungen, parlamentarischen Anfragen und Anhörungen im Bundestag hat sie diesen Stadtumbau kritisch aufgearbeitet und begleitet. Trotz der Akzentuierung insbesondere seiner Einseitigkeiten (beispielsweise einer lange dominierenden rein quantitativen und monetären Sichtweise, einer Planung ohne Beteiligung etc.) ist es ihr überwiegend und zunehmend gelungen, den Stadtumbau in eine spezifische und anspruchsvolle Gestaltungsperspektive zu stellen, unbedingt verbunden mit Lernen und Experimentieren. Die Geschichte des „Stadtumbau Ost“ soll nicht einfach als Erfolgsstory verkauft werden, sondern als Herausforderung deutlich werden. Und das hieß beispielsweise, von einer alleinigen Abrisslogik zu einer von Gestaltung zu kommen, den sozialen Problemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und vor allem Stadtumbau mit aktiver Bürgerbeteiligung zu verbinden.

Da diese tatsächlich zu einem großen Teil gelingen konnte, setzte und setzt DIE LINKE auf eine längerfristige Fortsetzung (und damit finanzielle Absicherung) des Stadtumbau – in Ost wie in West – und sieht sie gerade hier eine der wenigen Gelegenheiten, wo der Osten einmal im produktiven Sinn Vorreiter des Westens sein kann, wo sich aus den Erfahrungen des Ostens zu lernen ist. Bremen, so lässt sich aus den aufgeführten Befunden folgern, hat dies offenbar durchaus erfolgreich getan. Nicht nur im Wahlprogramm ist so in voller Übereinstimmung die Ablehnung von Mittelkürzungen und die Polemik gegen zu enge Befristungen von Projekten ein zentraler Punkt; aus aktuellem Anlass – den für Bremen in Aussicht gestellten Kürzungen von Bundes- wie von Landesmitteln – hat DIE LINKE im Januar 2012 einen entsprechenden (schließlich aber abgelehnten) Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

### *Pilotprojekt im „Stadtumbau West“: Osterholz-Tenever*

Unmittelbar von Kürzungen betroffen wäre der Stadtteil Osterholz-Tenever. Dieser Stadtteil ist, wenngleich zeitweilig räumlich unterschiedlich geschnitten, seit 2001 Pilotprojekt im „Stadtumbau West“. Für DIE LINKE kann er, muss er ein wichtiges Einstiegsfeld in den sozial-ökologischen Stadtumbau sein. In der Tat macht schon ein kurzer Besuch den Spannungsbogen auf: Großblöcke, „Platte“ und zugleich saubere, intakte Spielplätze; ersichtliche Armut vor und in den Häusern und funktionierende Gemeinschaftsräume und freundliche Eingangszonen; nicht allesfressende Müllschlucker auf den einzelnen Etagen, sondern selbstständig vollzogene Mülltrennung im Parterre. Einzelne Solaranlagen sind zu erkennen. Es scheint eine gelungene Symbiose zwischen Bau- und Sozialstruktur auf, die angesichts bekannter Sozialdaten – hoher Anteil von SozialhilfeempfängerInnen, hoher Anteil von MigrantInnen und AusländerInnen, Fehlen von Arbeitsmöglichkeiten und noch immer durchschnittlich kürzeren Verweilzeiten der Mieter im Quartier – nicht unbedingt zu erwarten war. „Tenever – hier ist die Zukunft“, so eine der markanten Selbstbeschreibungen.

### *Vor Ort – das Soziale ökologisch machen*

Tenever galt in den 1970er Jahren, als in Bremen noch von einer prosperierenden Millionenstadt gesprochen und geträumt wurde, als städtebauliches Prestigeobjekt oder eben Demonstrativbauvorhaben: Mit dem Leitbild „Urbanität durch Dichte“ sollten über 2.600 Wohnungen in 15 Gebäuden für die erwarteten Mieter gebaut werden. Insofern teilten Bremen bzw. Tenever die damals geltenden Stadtentwicklungsparadigmen mit anderen Städten in Ost wie West. Was Tenever dann aber von diesen unterscheidet, ist eine gleichsam zugespitzte, tragische Verlaufsgeschichte, mit der der Stadtteil scheinbar endgültig ins soziale Abseits und in Hoffnungslosigkeit gerät: Seine markante Lage am äußersten Stadtrand, weit ab vom urbanen Zentrum und ohne günstige Verkehrsanbindung, wird durch bloße Wohnungsspekulation ohne jeglichen Erhalt und so organisierten Substanzverfall zum Ausdruck städtischer Segregation. Ein einziger Großeigentümer hatte 55 % des Wohnungsbestandes erworben, von diesen standen 2002 mehr als 50 % leer. Gerade die Besserverdienenden „flüchteten“ aus Tenever, mehr als 35 % der verbleibenden Mietparteien waren abhängig von Sozialhilfe. Keine der Erwartungen oder Prophezeiungen also, die mit Prestigeobjekt und Demonstrativbauvorhaben verbunden waren, hatte sich als zutreffend erwiesen. Ganz im Gegenteil – der Stadtteil war auf dem „besten“ Weg zum Getto. Wie aber nun wiederum konnte Tenever zu einem möglichen Eingriffsfeld linker Politik werden? Markante Punkte, die zum großen Teil in Korrespondenz mit dem Wahlprogramm stehen, sollen umrissen werden.

### *Aktivitäten und Initiativen von unten lösten Pilotprojekt ab 2001 aus*

Angesichts der anwachsenden sozialen Probleme wurden einige der Bürgerinnen und Bürger in Tenever aktiv. Bereits Mitte der 1980er Jahre organisierten sich Mieterinitiativen, die auch zunehmend Druck auf den Senat machten. Der Bremer Senat entschloss sich so 1989 zu einem Neubebauungskonzept – Zwangsversteigerung und Umbau, der zu großen Teilen eben auch Abriss sein sollte: Über 50 % der zwangsversteigerten 1.300 Wohnungen wie auch einige hundert aus dem Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewoba waren dafür vorgesehen. Das Konzept wurde nach Senatsbeschluss (April 2000) schrittweise zu einem integrierten Handlungskonzept und der Stadtteil-Osterholz-Tenever schließlich im August 2001 zu dem Pilotprojekt im „Stadtumbau West“.

Die einzelnen Schritte und Maßnahmen, die konkreten Umsetzungen und eingesetzten Projekte (WiN; Soziale Stadt; LOS) sind dokumentiert. Der Stadtteil hat im Folgeprozess durch originelle Gestaltungsansätze bei Abriss und Modernisierung, durch Grünzüge und Freizeiteinrichtungen eine enorme materielle, vor allem auch soziale und kulturelle Aufwertung erfahren. Unter ökologischen Aspekten ist neben den Grünzügen, Mülltrennung und auch Mülleinsparung auf energetische Häuserdämmung, auf bereitgestellte Gärten, Recyclingbörse oder Umweltlernwerkstatt zu verweisen. Der Stadtteil ist, was für die Bewohnerinnen und Bewohner hohe Priorität hatte, sicherer geworden. Das soziale Zusammenleben belegt die gelungene Integration der unterschiedlichen Nationalitäten im Wohngebiet. Es leben nicht nur wieder viele junge Menschen mit Kindern in Tenever („Hier ist die Zukunft!“), die Schulen des Stadtgebietes wurden mehrfach für ihre Tätigkeit gewürdigt. In dieser Hinsicht hat also das integrierte Gestaltungskonzept wesentliche der Ziele umgesetzt, die eine linke und auf zukunfts-fähige Stadtentwicklung orientierte Politik anstrebt. Tenever gilt als „Vorzeigeprojekt sozialer Stadtentwicklung“, als „Ort der Integration und Interkulturalität“. Dies sind zugleich basale Voraussetzungen, um die Transformationsfähigkeit zu erhöhen. (Den Unterschied sieht man markant an zwei einzelnen Nachbarblöcken, die sich im Besitz spekulativer Eigentümer befinden und deutlich von Verwahrlosung gezeichnet sind.)

### *Erfolgsgeheimnis: anhaltende Bürgerbeteiligung plus Bündelung von Projektmitteln und das Engagement der öffentlichen Wohnungsgesellschaft*

Eine zentrale Erklärung für diesen ersichtlichen Erfolg lässt sich treffend fassen mit folgender Charakterisierung durch den prägenden Statteilaktivisten und ersten Quartiersmanager, Joachim Barloschky: „Tenever wurde vom städtebaulichen Sündenfall eines Demonstrativbauvorhabens zum Demokratievorhaben“. In der Tat ist die gelungene, recht umfassende und vor allem auch anhaltende Bürgerbeteiligung ein entscheidender Punkt, in der Hinsicht ist die ersichtliche Faszination des Alt-68ers Barloschky, der selbst daran erheblichen Anteil hat,

nicht unbegründet. In Tenever ist Stadtbau zu wesentlichen Teilen wirklich in die Hände der Bewohnerinnen und Bewohner gegangen.

Aufgeschlossene Stadtpolitik, ein gut vorbereiteter Einsatz der unterschiedlichen Projektmittel und vor allem ein auch ökonomisch starker Akteur, die öffentliche Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, sind zentrale Rahmensetzungen. Entscheidend ist aber wohl die auf Emanzipation und Selbstermächtigung angelegte Praxis von Bürgerbeteiligung, welche – ohne damit Ausschließlichkeit zu reklamieren – gerade auch aktiv von den Linken vor Ort getragen wird. Die LINKE ist im Stadtteilbeirat vertreten, ist in den einzelnen Projekten präsent und gibt dem Stadtteil auch stadtpolitisch Aufmerksamkeit und Unterstützung. Dies wird zum Teil außerhalb der Partei besser erkannt und gewürdigt als in dieser. Wesentliche der Orientierungen und Forderungen im Wahlprogramm scheinen jedoch direkt auf Tenever zugeschnitten bzw. auf Erfahrungen aus Tenever zu beruhen.

Beteiligung ist in Tenever in der Tat ein Akt praktischer Intervention und Ermächtigung. Vom ersten anstehenden Abriss an wurde Beteiligung eingefordert. Statt die geforderte Bürgermit-sprache als reine Verwaltungsinstrumente zu installieren – etwa mit Tagungszeiten am späten Vormittag, womit Bürgerbeteiligung deutlich erschwert wäre –, konnten aktive Beteiligungsgremien mit Sitzungen ab 17.00 Uhr, wie von den Einwohnern gefordert, geschaffen werden. Eine regelmäßige Beteiligung zwischen 10 bis 20 % der Einwohnerschaft, „mehr als 10.000 Seiten Protokolle“, ein praktiziertes und angenommenes Konsensprinzip und wirklich relevante Entscheidungen – über die Vergabe von ca. 350.000 EUR jährlich – dokumentieren das. Die engagierten Akteure sprechen vom tatsächlichen „Machtverzicht der Verwaltung“, einem niedrigschwelligen Angebot und kommunikativer, transparenter Praxis. Tenever wurde zu einem sozial funktionierenden Wohngebiet, „die Leute haben sich selbst aus dem Sumpf gezogen“.

Die öffentliche Wohnungsgesellschaft, Gewoba, für deren Erhalt sich DIE LINKE immer wieder einsetzt, ist nicht nur als Institution wichtig, sondern vor allem als stark sozial orientierter Akteur. Die Gewoba ermöglicht öffentlichen Einrichtungen, sozialen und kulturellen Vereinen durch geringe oder symbolische Raummieten ihr Agieren. Vor allem aber schlägt sich diese soziale Orientierung praktisch wirksam über den für Tenever zuständigen Geschäftsführer, Ralf Schumann, nieder. Sein Selbstverständnis „Wohnungspolitik ist Sozialpolitik“ basiert auf langjähriger politischer Praxis und kann zum Glück, wie er sagt, auch umgesetzt werden. Jede der (Erfolgs-)Geschichten über Tenever ist auch eine über Ralf Schumann, insgesamt zeigt sich wieder einmal die Bedeutung einer politisch wirkungsvollen personellen Konstellation. Das Besondere seien, so Schumann ebenso, „die guten Köpfe“, die „interessanten Typen als Motoren“. Das bezieht sich vor allem auch auf die Quartiersmanager, die den Staffelpstab von Barloschky übernommen haben. Diese starke personelle Konstellation, wo

politische Biografien und Weltbilder in hohem Maße kongruieren, macht so eine öffnende, emanzipatorische linke Politik vor Ort möglich.

### *Spürbare Grenzen und Begrenzungen*

Markant sind Grenzen und Begrenzungen, die auch mit den genannten Aktivitäten nicht überwunden, nur evtl. verschoben und sichtbar gemacht, aufgedeckt werden können. Nicht nur muss die Gewoba als Wirtschaftsunternehmen am Markt agieren und möglichst Wohnungen auch im höheren Preissegment vermieten. Die energetische Gebäudesanierung stößt mit den geltenden Förder- und Finanzierungsrichtlinien zum Teil an Umsetzungsbarrieren, wenn gleich man sich massiv gegen schlechtere Wohnstandards für Arme zu wehren versucht. Die Gewoba hat beträchtliche Gewinnanteile (18 %) an ihre Aktionäre auszuzahlen (kann diese also nicht reinvestieren), wobei die Stadt selbst einer der Hauptaktionäre ist. Die Kehrseite einer Vielzahl von Projekten ist eine anhaltende Abhängigkeit von Fördermitteln. In Tenever ist es nicht gelungen, eine tragfähige lokale Ökonomie aufzubauen, für einen großen Teil der Bewohnerschaft sind kaum Arbeitsplätze in Sicht. Der wachsende Arbeitskräftebedarf in der Stadt geht an Tenever vorbei – auch das ist ein Phänomen, welches denen in manchen ost-deutschen Regionen ähnelt.

Die meisten der Aktivitäten in Tenever neben den wenigen bezahlten Projektstellen (Quartiersmanagement) laufen über Ehrenamt oder über verschiedene prekäre und für linke Politik kaum zu akzeptierende Beschäftigungsprojekte, kurzzeitige Ein-Euro-Jobber. Die verfügbaren finanziellen Mittel sind immer wieder der realen Gefahr und auch Praxis ausgesetzt, über die verschiedenen Verwaltungsressorts für eigentlich zu leistende Pflichtaufgaben abgezweigt zu werden. Kurzfristige Projekte, Projektabbrüche und nun vor allem die anstehende drastische Reduzierung der Bundesmittel für den Stadtumbau gefährden erreichte Entwicklungen. Gerade deshalb hat es verhängnisvolle Konsequenzen, dass auch die Stadt mit dem Ziel des Schuldenabbaus ihre eigenen Finanzanteile zurückfahren will.

### *Die LINKE im Spagat*

Sicher gerät linke Politik so an die Grenzen dessen, was sie noch vertreten kann. Einerseits Hartz IV abzulehnen und menschenwürdige Beschäftigung zu fordern, andererseits Stadtteilprojekte mit Ein-Euro-Jobbern umzusetzen, ist ein schwer zu vermittelnder Spagat. Offensichtlich erfahren deshalb auch einige der engagierten Stadtteilaktivisten deutliche Ablehnung aus dem linken Milieu. Allerdings steht dieser schwierige Stadtteil wie kein anderer für langsam gewachsenes lokales Engagement, für gelebte soziale und kulturelle Integration, für Beteiligung und praktische Demokratie. Auch insofern kann man Stadtteil und Bewohnerschaft schwerlich ihrem Schicksal überlassen. Dies hieße nicht nur, einen Schritt erreichter Selbstermächtigung abubrechen und mögliche Potenziale für einen gesellschaftlichen Umbau zu

ignorieren. Vielmehr würde damit der Stadtteil Tenever relativ rasch zu einem Beispielfeld eines drastischen Segregationsschubes werden, den eine unsoziale Energiewende befördert und an dem eine Energiewende vorbeigehen muss. Das neue Prekariat der Energiewende ließe sich kaum für irgendwelche Umbauprojekte gewinnen, eine verstärkte soziale, kulturelle und politische Segregation wäre zwangsläufig eine Barriere für ein linkes Zukunftsprojekt wie den sozialökologischen Umbau.

Insofern kann DIE LINKE sich hier nicht zurückziehen, sondern muss sie die gewachsenen lokalen Beteiligungsstrukturen und -kulturen weiter unterstützen und vor allem die anstehenden Probleme politisieren. Neben den langfristigen Lösungsansätzen, für welche es einen gesellschaftlichen Transformationsprozess zu verstärken bzw. zu unterstützen gilt, stehen ersichtlich Veränderungen in der Förderarchitektur und die Sicherung der finanziellen Mittel für soziale Stadtentwicklung auf der Tagesordnung. Dies sind Kernforderungen, die sich auch aus anderen Kontexten ergeben und den Stadtumbau insgesamt tangieren. Ebenso gehören in den Komplex bessere Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung wie bezahlbare Energiepreise, z.B. über die Einführung von Sozialtarifen. Zu diesen gewichtigen Fragen zeichnen sich, trotz aller Sparbemühungen, Veränderungschancen und tragfähige politische Allianzen ab. Tenever ist kein Einzelfall. Eine sozial-ökologische Wende ist nicht möglich auf Kosten solcher benachteiligten Wohngebiete, für welche Tenever nur ein markantes Beispiel ist. Sie können sich nicht *allein* retten – hier sind politische Rahmensetzungen erforderlich, die vielfach ohne einen wirklichen Politikwechsel nicht zu haben sind. Dies zu betonen, zu skandalisieren reicht aber nicht für linke Politik. Zugleich sind die gewachsenen Potenziale vor Ort nicht zu ignorieren – ein Spagat, der auch innerhalb der LINKEN in Bremen nicht leicht durchzuhalten ist. Es sind aber eben diese Potenziale vor Ort, welche darüber entscheiden, *ob* ein solcher Stadtteil noch zu retten ist. Eine „Emanzipation des Sozialen“ wie in Tenever kann anstecken über diesen Ort hinaus; für den sozial-ökologischen Umbau finden sich darin Ansatzpunkte.

Die LINKE in Bremen hat mit einer beeindruckenden konzeptionellen Zuspitzung Stadtentwicklung, Stadtumbau zum Kern eines sozialökologischen Projektes gemacht. Die aktuellen ökonomischen und finanzpolitischen Leitlinien städtischer Entwicklung beschneiden die Umsetzungsmöglichkeiten für ein solches Projekt. Gerade deshalb muss Die LINKE den Spagat aushalten und das Soziale verteidigen. Praktikable Vorschläge, wie das in Tenever geschehen kann, wären starke Argumente für linke Handlungskompetenz.

### III. Sozial-ökologische Einstiegsfelder. Zusammenfassung, Schlussfolgerungen

1. Wir haben in unseren Jahresthesen von Anbeginn (2009) hervorgehoben und begründet, warum ein grundlegender Pfadwechsel, ein sozial-ökologischer und solidarischer Gesellschaftsumbau auf der Tagesordnung steht und welche Konsequenzen sich daraus gerade auch für die Politik der LINKEN ergeben. Diskurse und Politik kreisen inzwischen auch in Deutschland immer stärker um das Für und Wider einer solchen Transformation. Erstmals stehen wieder Richtungsentscheidungen auf der Tagungsordnung.

Diese gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ist heute direkt mit der praktischen Umsetzung der Energiewende verbunden. Die Art und Weise der Energiewende wird zum entscheidenden (Prüf- und Test-)Feld für oder gegen den sozialökologischen Umbau, für oder gegen einen neuen Entwicklungspfad. Deshalb geht es um *Vorrang* für den dezentralen Weg. Konsequenz ist die Energiewende nicht zu haben ohne gesellschaftliche Transformation und die gesellschaftliche Transformation nicht ohne Energiewende.

Die Durchsetzungsbedingungen für eine Energiewende und damit für den Einstieg in den sozialökologischen Umbau haben sich in jüngster Zeit jedoch verschlechtert. Die Gefahr des Scheiterns ist real. Energiewende und sozial-ökologischer Umbau stehen an einer Scheidewegssituation: Weiter so und Festhalten am alten Wachstums- und Verschleißmodell, oder Eintreten für ein sozial-ökologisches Zukunftsprojekt.

2. In dieser Situation wächst der LINKEN eine neue, historische Verantwortung zu. Die Linke kann und muss heute rot-grün sein. Sie muss sich dementsprechend klar positionieren – mit einem richtungweisenden sozial-ökologischen Umbaukonzept, mit einer entsprechenden praktikablen Strategie und vor allem mit konkreten, machbaren sozialen und ökologischen Alternativen und Einstiegsprojekten.

In der Tat hat sich die LINKE der Thematik des sozialökologischen Wandels und Gesellschaftsumbaus in jüngster Zeit verstärkt angenommen. Das zeigte sich bereits bei der Überarbeitung des Erfurter Parteiprogramms. Sie setzt zunehmend selbstbewusst originäre Akzente. Dies wird besonders mit ihrem „Plan B – Das rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau“ deutlich. Die Vision für das Jahr 2050 wird dort verbunden mit konkreten Umbaualternativen in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr (Mobilität) und Agrarwirtschaft. Hervorzuheben ist der dialogische Charakter des Konzepts, das Angebot zur breiten Diskussion der Vorschläge zum sozialen und ökologischen Umbau. Auf weitere programmatische Texte, Studien etc. haben wir verwiesen. Zu wichtigen Sachfragen liegen zweifellos solide Expertisen vor. Unsere Untersuchungen in den drei Bundesländern Brandenburg, Thüringen und Bremen haben gezeigt, dass sich dort die LINKE verstärkt und mit Sachkompetenz den Fragen von Energiewende und sozialökologischem Umbau stellt.

Dennoch ist der sozial-ökologische Umbau noch nicht zu *dem* Gegenwarts- und Zukunftsprojekt der LINKEN geworden. Noch wird das Konzept des sozial-ökologischen Umbaus in der Partei nicht von allen getragen, wird die Partei damit in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen und identifiziert. Dabei ist das ökologische Projekt, verstanden als ein sozial-ökologisches und solidarisch-emanzipatorisches Umbauprojekt, ein originär linkes Projekt (vgl. auch Studie 2011). Es prägt und stärkt das Markenzeichen der LINKEN als eine konstruktiv-alternative und die Gesellschaft sowie die Machtverhältnisse verändernde Kraft. Das unterscheidet sie von „Ökologischer Industriepolitik“ (SPD) oder „Ökologischer Modernisierung“ (Grüne). Völlig zu Recht werden im Projekt der LINKEN für einen sozialökologischen Umbau (Plan B) vier Erfolg versprechende Prinzipien für diesen Umbau formuliert: „Gleichheit statt Klassenspaltung“, „Teilhabe statt Unsicherheit“, „Politische Lenkung statt schrankenloser Markt“, „Mehr Demokratie statt Kungelei“.

Für den sozial-ökologischen Umbau gibt es jedoch keinen fertigen Masterplan. Er ist vielmehr ein kollektiver vielgestaltiger Such- und Lernprozess. Das wird auch auf regionaler und kommunaler Ebene deutlich.

3. Angesichts der enormen gesamtgesellschaftlichen und transnationalen Blockaden für einen sozialökologischen Politik-, Richtungs- und Pfadwechsel kann und muss über konkrete Einstiegsprojekte hier und heute – regional und kommunal – mit dem sozialökologischen Wandel begonnen werden.

„*Einstiegsfelder*“ sind – wie unsere Analysen belegen – dafür nicht nur ein „geeigneter“, sondern sind ein zentraler Baustein des sozialökologischen Wandels. Dabei gibt es heute schon eine Menge „Labore“ und Beispiele für Wege zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Sie existieren oder entstehen auch in den drei untersuchten Bundesländern in Form von Bioenergiedörfern, Energiegenossenschaften, Stadtwerken, Formen solidarischer Ökonomie und Arbeit, neuen Formen gemeinsamen Lernens, demokratischer Bürgerbeteiligung wie Bürgerhaushalte, Bürger-Beiräte und Praxen alternativer Lebensweise. Es handelt sich um vielfältige Spielarten gelebter Transformation. Dort verändern sich – zunächst nur punktuell und partiell – spezifische Wirtschafts-, Eigentums-, Macht- und Bündnisstrukturen. So vollziehen sich erste Wandlungsprozesse von Einstellungen, Lebensstilen, kulturellen Identitäten („Wir-Gefühl“, „Ja, Veränderungen sind möglich“, „Selbstermächtigung“). Diese praktischen Beispiele, aber gerade auch das Wissen, das hier entsteht, und die Erfahrungen, die hier gesammelt werden, sind wichtig für den Einstieg in eine veränderte soziale und demokratische Entwicklungslogik und in einen sozialökologischen Pfadwechsel. Oder anders formuliert: Der Schlüssel für Zukunftsfähigkeit liegt in der Emanzipation solcher praktischen Prozesse. Insofern werden mit dieser Perspektive auch nicht lokale und dezentrale Ansätze von Energiewende oder sozial-ökologischem Umbau verabsolutiert – sie besitzen

aber ihren herausragenden Stellenwert! Auch deshalb spitzt sich die interessenpolitische Auseinandersetzung darauf zu.

Solche Einstiegsfelder und -projekte müssen – so unsere Schlussfolgerungen in der Studie 2011 wie die Belege jetziger Untersuchungen – einigen Anforderungen gerecht werden. Sie müssen als *konkrete und machbare Projekte* auf dem Weg zur Energiewende und zum sozial-ökologischen Umbau fungieren, die als praktische Beispiele den Wandel unmittelbar sichtbar und erlebbar, den Nutzen vor Ort erkennbar machen und so Zustimmung in der Bevölkerung finden. Sie ermächtigen kommunale, lokale Akteure (kommunale Handlungsfähigkeit) und müssen engstens mit einer *Politik sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit* verbunden sein, eine umfassende *Bürgerbeteiligung* anstreben und die „*Pioniere des Wandels*“, unabhängig von deren Parteizugehörigkeit, stärken.

4. Die Gesamtpartei, namentlich ihre Verantwortungsträger, sollte sich mit solchen *sozialökologischen Einstiegsfeldern, Experimenten und ihren Trägern* in den Ländern, Regionen, Kommunen *öffentlich solidarisieren*, ihre positiven wie negativen Erfahrungen auswerten und daraus gemeinsame Schlussfolgerungen ableiten.

Sie sollte aus der Vergangenheit lernen, da sie aus erfolgreich eingeleiteten linken Projekten in den Ländern – ökologische, soziale und Bildungsprojekte, Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Bürgerhaushalte, Sozialtickets, Gemeinschaftsschulen oder eben auch den Plänen des Übergangs zu regenerativen Energien – nichts gemacht hat. Keines der Projekte wurde zur Sache der Partei als Ganzes. Nur über die Diskussion solcher konkreten Einstiegsprojekte in eine andere Politik kann sich die Partei profilieren. Damit wird linke Politik aus einer Politik *für* die Bürger zu einer Politik *mit* ihnen und *durch* sie.

Erfolg versprechende linke Politik des sozial-ökologischen Umbaus bedarf zugleich der Perspektivenverschränkung von konkreten *Alternativen* und *Einstiegsfeldern* mit weiterführenden sozialökologischen *Strukturreformen* und dem *Leitbild* einer besseren, gerechteren und freieren Gesellschaft als Angebot zum öffentlichen Gespräch mit den Bürgern. Das heißt – ein kohärentes linkes Konzept sozialökologischen und solidarischen Richtungs- und Pfadwechsels orientiert auf eine vierfache Umkehr als eine Einheit von sozialökologischem *Umbau* der Produktions- und Lebensweise, von gerechter *Umverteilung* von Einkommen, Vermögen, Macht und Eigentum, von demokratischer *Umgestaltung* als neue Beteiligungs- und Initiativrechte der BürgerInnen an allen grundlegenden Entscheidungen der Gesellschaft sowie von *umfassender* Solidarität.

Die nach begründeten und typologisch unterscheidbaren Kriterien ausgewählten Fallbeispiele für eine Politik des sozialökologischen Umbaus der LINKEN auf Länder- und auf regionaler/lokaler Ebene lassen übergreifende Schlussfolgerungen zu – siehe hierzu Punkt 1 bis 4 –

wie solche mit besonderer Relevanz aus Fallbeispiel und für Falltypus (Diese werden mit Blick auf weitere Diskussionsrunden in Stichworten unter 5 und 6 skizziert.)

5. Energiewende und sozial-ökologischer Umbau sind keine Frage von Legislaturperioden. Viele Probleme sind teils politisch, teils technologisch oder auch naturwissenschaftlich noch offen, neue können immer wieder auftreten. Solche Probleme müssen aber im Prozess ihrer Umsetzung und vor allem der Stärkung dezentraler Ansätze – nicht durch Infrage-Stellen oder gar Aussitzen – gelöst werden. Daran sind Konzepte und Strategien der LINKEN in den drei Ländern zu messen.

Konkrete Gestaltungsfragen können kompliziert sein und Interessen der Länder, in denen die LINKE agiert, unterschiedlich betreffen. Dies zeigt sich auch im notwendigen Zusammenspiel von dezentralen und zentralen Ansätzen. Während etwa die LINKE in Thüringen mit Blick auf die dezentralen Potenziale einen weiteren Trassenausbau vehement ablehnt, sind zumindest wirtschaftspolitisch orientierte Teile der Brandenburger LINKEN auf Grund komplizierter Probleme der Systemintegration für deren Ausbau. Bei der Umsetzung der Energiewende in Deutschland sind divergierende, zu wenig abgestimmte oder zumindest nicht offen kommunizierte Länderinteressen ein sichtbares Hindernis. Die LINKE sollte solche in jedem Fall sichtbar machen und thematisieren. Darauf könnte sich eine Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN konzentrieren.

Vor allem aber ist, wie wir bereits in den vorangehenden Studien unterstrichen haben, die Energiewende sehr unmittelbar im Interesse aller ostdeutschen Länder und könnte der sozial-ökologische Umbau zentraler Teil einer Perspektive sein, die den Osten vom verfehlten Nachbau West löst und eigene Potenziale stark macht. Dafür sprechen die erreichten Erfolge in der Energiewende; ein mögliches abgestimmtes ostdeutsches Agieren hat sich nicht nur im Widerstand gegen die pauschalen Kürzungen der Solarförderung gezeigt. DIE LINKE sollte sich ebenso in solche Initiativen einspannen wie alle Möglichkeiten suchen, die unterschiedlichen Interessen und Positionen der Bundesländer bei Energiewende und sozial-ökologischem Umbau aufzudecken und so abzustimmen, dass die Energiewende nicht zu einem längerfristigen Ausbau fossiler „Brückentechnologien“, zu einem Weg in einseitig zentrale und Groß-Anlagen wird und die ungleiche Kostenverteilung die Energiewende zusätzlich blockiert oder zu einem unsozialen Projekt macht. Dafür gilt es, Interessen aufzudecken, neue und tragfähige Bündnis- und Koalitionsmöglichkeiten zu finden. Energiewende und sozial-ökologischer Umbau müssen zu einem gesamtdeutschen Transformationsprojekt gemacht werden – für DIE LINKE eine herausfordernde Perspektive.

In jüngster Zeit und zunehmend stellt die Bundespolitik entgegen allgemeiner Zielvorgaben und rhetorischer Wendungen ein großes Hindernis für die Energiewende und mehr noch für

den sozial-ökologischen Umbau dar. Betroffen sind ganz konkrete und gerade auch lokale, dezentrale Projekte. Die Länderuntersuchungen haben das immer wieder gezeigt. Es gibt mehr Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bundespolitik – von Abstimmungen im Bundesrat bis zum gemeinsamen Agieren mit Verbänden, Lobbyorganisationen, sozialen Bewegungen – als nur die direkte bundespolitische Wahlentscheidung. Wege zu einer solchen, die Politik in diesem Land wieder mit Zukunftsgestaltung verbinden könnte, sollten aber nicht verbaut werden.

6. In Bezug auf die drei Bundesländer wurden Schlussfolgerungen benannt, einige weitere sind:

### **6.1. Brandenburg**

Die Regierungsbeteiligung der LINKEN begann zu einem Zeitpunkt, als Brandenburg schon beträchtliche Schritte zu einer Energiewende unternommen hatte. Zugleich hatte sich ein Konflikt im Umgang mit dem fossilen Energieträger (Braunkohle) so weit zugespitzt, dass für das politische Agieren des kleineren Koalitionspartners von vornherein klar war, dass die Koalition einschneidende und schmerzliche Kompromisse verlangen würde. Der Schritt in die Koalition wurde dennoch berechtigt gegangen, Erfolge in wichtigen Bereichen der Regierungspolitik bestätigen diesen Schritt.

Die zunächst formulierten Ansprüche, nunmehr deutlicher die Energiewende zu betreiben und den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen, konnten in der Koalition insgesamt und auch seitens der LINKEN nicht konsequent verfolgt werden. Einerseits wirkte sich aus, dass innerhalb der LINKEN – ersichtlich auch in von der LINKEN verantworteten Ressorts – der Umgang mit der Braunkohle umstritten ist, Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten ihren politischen Niederschlag gefunden haben. Die LINKE ist sowohl in der Partei wie in ihrem Umfeld in der Frage gespalten, zerrissen. Insofern kann sie auch in der Koalition nicht selbst klare und starke Akzente setzen.

Andererseits durchzieht diese widersprüchliche Haltung auch das Agieren für die Ziele der Energiewende (Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien) selbst. Trotz ersichtlicher Anstrengungen gibt es so auch problematische Orientierungen (Art der Netzintegration) und machen sich tatsächliche Schwierigkeiten einer Energiewende, die zunächst vor allem einen solchen Vorreiter der Wende wie Brandenburg betreffen, in der Form bemerkbar, dass Bedenken gegenüber der Energiewende bestärkt werden. Brandenburg ist als Vorreiter der Energiewende mit neuartigen Problemen und Schwierigkeiten konfrontiert (Netzintegration, Speicherkapazitäten etc.). Es wäre fatal, deshalb das Tempo der Wende zu drosseln und vor allem die Chancen der Energiewende für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau zu beschneiden. Insofern zeigen sich Herausforderungen für praktische Politik und zugleich solche für eine Überarbeitung der „Energierategie 2030“. Umfassende

Bürgerbeteiligung kann zum Katalysator einer stark dezentral geprägten Energiewende werden, der sozial-ökologische Umbau erschließt neue Perspektiven in den Regionen des Landes.

Brandenburg ist überaus stark auf lokaler und kommunaler Ebene, die Landespolitik der LINKEN hat erfolgreich Akzente gesetzt. Dennoch werden diese Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zu wenig aufgenommen, zu wenig unterstützt und zu wenig für ein markantes linkes Umbauprojekt genutzt. Es könnte eine Pfund linker Politik sein, weite Spielräume auf den „unteren“ Ebenen zuzulassen, aktiv zu befördern und mehr noch aufzunehmen für die Formulierung identifizierbarer Schritte einer linken Politik des gesellschaftlichen Umbaus. Darin wäre eine „Modellregion“ zu sehen.

## **6.2. Thüringen**

Thüringen hat relativ günstige Voraussetzungen für die Energiewende und zudem auf seinem Territorium nicht an fossilen und atomaren Altlasten zu tragen. In Thüringen besteht überdies in diesem Jahr die Chance zu einer nahezu flächendeckenden Rekommunalisierung der Energienetze, für die sich die LINKE stark engagiert. Die einer starken Opposition gegebenen Möglichkeiten, die Energiewende auf Landesebene zu thematisieren und zugleich von unten voranzutreiben, werden von der LINKEN in Thüringen ausgefüllt und genutzt. Doch wenn die LINKE in Thüringen auch als Opposition stark ist, so regiert sie eben nicht. Damit lässt sich ihr Gestaltungsvermögen, anders als in Brandenburg, (noch) nicht einschätzen.

Mit „Energiewende statt Grüner Kapitalismus...“ hat die LINKE ein konsistentes dezentral orientiertes Umbaukonzept mit Blick auf das Jahr 2040 vorgelegt, es (zumindest 2011) in „Energietouren getestet und ist dabei, Partnerschaften im Lande auf- und auszubauen – mit Stadtwerken, Forschungseinrichtungen, der Genossenschaftsbewegung, Bürgerinitiativen. Da das genannte Energiekonzept von einflussreichen Akteuren in Fraktion und Landesverband getragen wird, bestehen strukturell günstige Voraussetzungen, dass Politiker der LINKEN mit je anderen Themen und Schwerpunkten, nach Verbindungen zwischen Sozialem und Ökologischem suchen. Aus der Landtagsfraktion wurde die Gründung der Energiegenossenschaft Viernau tatkräftig und durch den Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützt. Honoriert vom Wähler wurde auch die Haltung der LINKEN zur 380-KV-Leitung durch den Thüringer Wald. Nach „außen“ kommt die LINKE mit ihren Konzepten wie mit ihren praktischen Projekten mit Akteuren ins Gespräch und zur gemeinsamen Aktion, die der LINKEN sonst eher fern(er) stehen. Der Wählerzuspruch zur LINKEN ist gegenüber 2009 in TH nicht erodiert. Und doch bestehen auch in Thüringen Schwierigkeiten, die Partei und ihre Wähler im Lande für diesen Kurs und die auf die Energiewende und den sozialökologischen Umbau bezogene Praxis zu gewinnen bzw. auch die vielen lokalen, kommunalen Initiativen entsprechend aufzugreifen. Daher ist über angemessenere Kommunikationsstrategien nachzudenken. Die LINKE sollte alles daran setzen, für junge Leute noch attraktiver zu werden.

### 6.3. Bremen

Bremen weist hinsichtlich Energiewende und vor allem des sozialökologischen Umbaus bisher erst Anfänge auf. Mit Blick auf Die LINKE ist es auch deshalb bemerkenswert, wie deutlich sie gesellschaftliche Entwicklung (Stadtentwicklung) konzeptionell mit Energiewende und sozialökologischem Umbau verschränkt. Dies geschieht programmatisch (Wahlprogramm) wie aber auch ersichtlich durch beachtliche kommunale Initiativen und Aktivitäten. Bei dem zentralen Beispielfeld des Stadtumbaus lässt sich für Bremen und das Pilotprojekt des Stadtumbaus West eindeutig zeigen, inwiefern auf Erfahrungen aus dem Stadtumbau im Osten zurückgegriffen wurde und inwiefern gerade auch wichtige Schwerpunktsetzungen der LINKEN in Bremen ganz offensichtlich auf Beteiligungserfahrungen der LINKEN beim Stadtumbau Ost gestützt sind. Dies lässt ein Forderungsprofil der LINKEN deutlich werden, das sich von dem einer auch auf energiepolitische und ökologische Fragen orientierten Stadtpolitik von Rot-Grün unterscheidet.

Die konkrete Stadtteilpolitik im signifikanten Beispielprojekt Tenever hat gewichtige Bezugspunkte für ein umfassendes sozialökologisches Umbauprojekt – aktive Teilhabe und demokratische Mitwirkung, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und sozialer Politik, Selbstermächtigung und bürgerschaftliches Engagement – und wird in der Tat von einem starken Netz lokaler Akteure voran getrieben, deren linke und progressive gesellschaftliche Orientierung sie eint. Die Bremer LINKE selbst ist hier vertreten und treibt einige der zentralen Fragen politisch voran.

Um ein Stadtumbauprojekt wie Tenever auf Dauer in eine progressive, zukunftsfähige Entwicklungsperspektive zu bringen, wären grundlegende ökonomische und politische Entscheidungen bzw. Veränderungen nötig, die DIE LINKE hier nicht durchsetzen kann. Dafür ist ihre praktische Einflussmöglichkeit in Bürgerschaft wie auch im Stadtteil nicht ausreichend. Die LINKE gerät in eine komplizierte Gemengelage, wo das erforderliche praktische politische Agieren nur schwer mit den progressiven, emanzipatorischen Forderungen linker Stadtumbaupolitik zu verbinden ist. Dies befördert auch im linken Milieu Vorbehalte und Konflikte.

Das Beispiel zeigt die Grenzen gesellschaftlicher Projekte unter den herrschenden ökonomischen und politischen Bedingungen. Da es aber bei einem solchen Projekt wie Tenever nicht nur darum geht, für verfehlte Politik den Kopf hinzuhalten und sozusagen künftig einen Slum zu befrieden, sondern die kleinen gewonnenen emanzipatorischen Räume zu verteidigen und konkret soziale Politik für Tenever als unerlässlich für die Entwicklung des Stadtstaates stark zu machen, muss Die LINKE sich zum entschiedenen Verteidiger machen. Denn die Zukunft (auch der LINKEN) entscheidet sich in den Kämpfen der Gegenwart, im Ringen um sozialen,

ökologischen, demokratischen Umbau als Zugang zu weiterführenden strukturellen Reformen und gesellschaftlichen Umgestaltungen.

### *Referenzen:*

Die Studie hat – neben den eigenen Vorarbeiten und den Vorgängerstudien – einen Fundus von Expertisen und Ausarbeitungen zur Grundlage, der sich hier nur ausschnitthaft anführen lässt. Gleiches gilt für die Fülle von Workshops, Erkundungsreisen, Gesprächen und Interviews, ohne die unsere Darlegungen und Einschätzungen nicht möglich wären. In jedem der Bundesländer wurde mit zuständigen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern, mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der LINKEN und vor allem auch den zahlreichen Akteuren vor Ort gesprochen. Ihnen allen ist zu danken und sie mögen manche Interpretation ertragen, die sich nicht mit der ihren deckt. Dafür liegt die die Verantwortung bei den Autoren.

Neben im Text bereits aufgeführten Dokumenten und Quellen wird für direkte Bezüge, übernommene Einschätzungen und Interpretationen noch auf folgende verwiesen:

Becker, Sören/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias: Neue Energielandschaften – neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Studie. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2012.

Befreiungen der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben. arepo consult. Aktualisierte Studie. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012.

Brie; Michael: Die Krise als Chance. Beitrag für die Zeitschrift "Sozialismus", Juni 2012. Institut für Gesellschaftsanalyse (RLS): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte. Thesen, August 2011.

Energetische Stadterneuerung – Zukunftsaufgabe der Stadtplanung. Werkstatt: Praxis, Heft 78. Bundesamt für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2012.

Integrierte Handlungskonzepte für die Programmgebiete der sozialen Stadtentwicklung in Bremen. Im Auftrag der Stadt Bremen. Endbericht. Oktober 2006.

Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt am Main 2011.

Klein, Dieter: Widersprüche in der Brandenburger Energiewende. Horizonte sozialökologischer Transformation. Papers. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2012.

Luxemburg 1: Zeitschrift Luxemburg. Heft 1: Energiekämpfe. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2012.

Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Berlin 2012.

Reißig, Rolf: „Zweite Große Transformation“. Bedingungen, Inhalte und Perspektiven eines neuen, sozial-ökologischen und solidarischen Entwicklungspfades. Pankower Vorträge, Heft 169. Berlin 2012.

WGBU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung. Globale Umweltveränderung im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin 2011.

Winkler, Gunnar (SFZ Berlin-Brandenburg): Sozialreport 2010. Die deutsche Vereinigung – 1990-2010 – Die Positionen der Bürgerinnen und Bürger. Berlin 2010.